

Die „Volkswacht“  
erscheint täglich Nachmittags außer  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,  
durch die Post und  
durch Colporteurs zu beziehen.  
Preis vierteljährlich Mk. 3.10,  
pro Woche 25 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 7103.

# Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühr.  
beträgt für die fünfgepaltene  
Zeitspaltel oder deren Raum  
20 Pfennige, für Vereins- und  
Versammlungs-Anzeigen  
10 Pfennige.  
Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der  
Expedition abgegeben werden.

Nr. 54.

Breslau, Montag, den 4. März 1895.

VI. Jahrgang.

## Nemesis.

Schneller als Jemand vermuthet hätte, sind die nationalliberalen Umsturzheulmeier von der Nemesis ereilt worden. Wie ungezogene Schuljungen, als der alte ehrliche Schulmeister gestorben, haben sie gejubelt bei Capivis Sturz und hell aufgejauchzt beim Anblick der Ruhe, die der neueste Kurs für den Umsturz gebunden. Ihre Phantasie schwelgte bereits in den holdesten kapitalistischen Träumen: die Arbeiterorganisationen an Händen und Füßen gefesselt, die Socialdemokratie einen Schrei im Munde; unbefchränkte Ausbeuterel ist wieder Trumpf, die Despotie des Geldsacks herrscht wieder unbefchränkt, Nichts kann seine Draken ferner hören, der Himmel hängt wieder voll fetter Profite und Dividenden, die alte schöne Zeit des Socialistengesetzes ist wieder-gekehrt, zurückgekehrt in verbesserter Auflage.

Die dummen Jungen! Sie ahnten nicht, daß der neue Schulmeister sie ebensowenig schonen wird und Andere zu seinen Lieblingen erkoren hat. Sie ahnten nicht, daß mit dem neuesten Kurs auch das Agrarierthum wieder Oberwasser erhalten, das ostelbische Junkerthum wieder Schoofkind sein wird, sie selbst aber um die goldenen Früchte des Umsturzgesetzes sich geprellt sehen werden.

Und doch gehörte nicht gar viel Scharfsinn dazu, das vorauszusehen. Die Vorzeichen waren deutlich genug. Aber sie redeten sich ein, es wären nur höfliche Verbeugungen ohne practische Bedeutung. Nun aber beginnt es in ihren Schädeln zu tagen. Sogar die „Kölnische Zeitung“ fängt an, wild zu werden und bezichtigt die Agrarier mit unverblümten Worten der Bauernfängerei.

Sie kann recht schön werden, die Kapbalgerei zwischen Agrarierthum und Capitalismus unter dem Zeichen des Umsturzgesetzes; wir „Umstürzler“ werden als tertius gaudens (lachender Dritter) unsere Freude erleben.

Kein Zweifel, der neueste Kurs fängt an, den Antrag Kanitz ernst zu nehmen und mehr und mehr sich mit diesem ebenso abenteuerlichen wie frechen Attentat auf die Leberhaltung der Massen zu befreunden. Ob derselbe mit den Handelsverträgen in Einklang zu bringen ist oder nicht, darüber lassen sich die Kreuzzeitungsleute keine grauen Haare wachsen. An fingerfertigen Gauklern, die Tag in Nacht und Schwarz in Weiß umzufalschen verstehen, fehlt es ja im deutschen Reich bismarckischer Nation (wie Engels sagt) nicht. Uebriens kommt es

den Agrariern auch auf einen offenen Bruch der Verträge nicht an. Dieselben Leute, die seiner Zeit in moralischer Entrüstungsheulei wüthend über streifende Arbeiter hergefallen sind wegen Vertragsbruchs, geben jetzt die Lösung aus: Bruch mit den Handelsverträgen. Die Vertragsdauer, sagen sie, sei lediglich vom Uebel, wenn die Landwirtschaft Schaden leidet; mit Oesterreich-Ungarn aber und mit Rußland werde man sich verständigen, wenn der Staat diesen Ländern verspreche, nach Durchführung des Antrags sein Getreide von ihnen zu kaufen.

Aber der Antrag Kanitz genügt den agrarischen Fanatikern schon nicht mehr; jetzt versteigen sie sich schon zur Verstaatlichung der gesammten Mülerei und Bäckerei. Paul Dehn ist der Wortführer dieser genialen Idee und der Professor Kleinwächter = Czernowicz tritt für ihn in Harten's „Zukunft“ in die Schranken. Nicht bloß die Einfuhr ausländischen Getreides soll verstaatlicht und dafür ein gesetzlicher Minimalpreis angelegt werden, sie empfehlen vielmehr, ausländisches Korn so billig als möglich, alles inländische aber zu den im Antrag Kanitz angedeuteten Mindestpreisen anzukaufen, Beides nach Bedarf mahlen und in Brot verbacken zu lassen und es erst in Gestalt von Brot an die Consumenten hinauszugeben. Das bedeutet nichts weniger als gänzliche Verstaatlichung des Getreidehandels, der Mülerei, der Bäckerei und des Brothandels. Aber notabene nicht Verstaatlichung in dem Sinne, daß der Staat zu Selbstkostenpreisen Brot verkauft, um den Massen das notwendigste Lebensmittel billig zu verschaffen. Das schließen ja schon die Kanitz'schen Minimalpreise aus; sondern Verstaatlichung zu Gunsten der Großgrundbesitzer, künstliche Vertheuerung des Brotes für die Massen, um die Taschen der Kornjunker und Kornwucherer zu füllen.

Ein nationalliberales Blatt berechnet, wie viele Existenzen des Handels, der Mülerei und Bäckerei dabei ruinirt würden. Was die beiden letzteren betrifft, so giebt es nach einer früheren Berufsstatistik in Deutschland 52,492 Hauptbetriebe in der Getreide-, Mahl- und Schälmlerei, und 80,117 Hauptbetriebe in der Bäckerei und Conditorei. Es liegt auf der Hand, daß der Staat nicht in 52,492 Mühlen mahlen und in 80,117 Bäckereien backen lassen kann. Er müßte eben den weitens größten Theil dieser Betriebe schließen, um den Betrieb zu concentriren und zu vereinfachen. Welche Folgen das für die Arbeiter und selbständigen Handwerksmeister in diesen Betrieben

haben müßte, mag sich Jeder selbst ausmalen. „Seit langen Jahren“, klagt eine liberale Zeitung, „buhlt die conservative Partei um die Gunst der Handwerker; sie schiebt den Liberalen, insbesondere der Gewerbefreiheit, die Schuld zu, daß das Handwerk vom Capital verschlungen werde und meint, mit ihren junfährlichen Einrichtungen dem Handwerk den vielgerühmten goldenen Boden wieder verschaffen zu können, und hier treten aus ihren Reihen kahlköpfige Leute hervor und empfehlen die Proletarisirung von 132,000 Bäckern und Mülern!“ (Wir haben indeffen schon früher ausgeführt, daß derartige gänzlich unsocialistische Verstaatlichungsprojecte dennoch Wasser auf die Mühle der Socialdemokratie leiten.)

Noch schwerer aber, als der Antrag Kanitz und seine Anhängel, liegt den Capitalisten der Bimetallismus im Magen, mit dem der neueste Kurs sich zu befreunden sich gleichfalls ansieht. Welche ökonomische Revolution die Remonetisirung des Silbers in allen Schichten und Branchen herbeiführen müßte, ist vor einigen Jahren aus sachverständiger Feder in unserem Blatt dargelegt worden, und was für schwere Nachteile für die Arbeiterklasse daraus erwachsen würden, wurde erst kürzlich in der Währungsdebatte des Reichstages von unseren Fraktionsgenossen und anderen Rednern hervorgehoben. Daneben aber auch würde das Handels- und Industriecapital schwer geschädigt; den Nutzen hätten hauptsächlich die verschuldeten Landjunker, die mit schlechter Münze bezahlen wollen, was sie in guter gepumpt haben. Wir wollen die Schadenfreude gar nicht kasiren, die wir empfunden haben bei dem Stoßseufzer der „National-Zeitung“ über das freundschaftliche Entgegenkommen der Regierung gegen die Bimetallisten, worin sie ein „sehr ernstes Anzeichen“ erblickt, daß die Windrichtung in höheren Regionen zu Gunsten des Bimetallismus umgeschlagen hat, und nicht etwa eine schwächliche Schinconcession und die Absicht, die Sache dilatorisch zu behandeln.

Nun haben die capitalistischen Kreise, deren Mundstück die „National-Zeitung“ ist, einstweilen eine Abschlagszahlung an ihrem wohlverdienten Lohn für den edlen Eifer, womit sie den neuesten Kurs heraufbeschworen haben.

Und das allein erklärt es auch, weshalb ihnen die Umsturzvorlage bereits verfehlt ist und schon vereinzelte Stimmen aus denselben Kreisen dem Reichskanzler allen Ernstes den Rath geben, seine Umsturzvorlage zurückzuziehen und in den Orkus an versenken.

## Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.

Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

34] (Nachdruck verboten.)

Ein Stadteregeant tritt herein, stramm und automatenhaft wie zur Parade. Er schwört, die ganze Wahrheit zu sagen. Er erklärt, daß er die Frau dort gesehen habe, wie sie die Hand ausstreckte, und ein Silberstück in Empfang nahm. Daraushin habe er sie zur Wache geführt. Die Frau versucht demgegenüber noch zu lugnen.

Ver schlimmern Sie Ihre Lage nicht, indem Sie das J. u. n. i. s eines Aufsichtsbeamten in Zweifel ziehen“, sagt der Staatsanwalt, der ihr gegenüber sitzt, streng. Die Frau wirft einen scheuen Blick auf den schwarzen Mann, den sie nicht kennt und der sich mit den andern verbündet zu haben scheint, um sie in's Unglück zu bringen. Sie macht eine verzweifelte Gebärde und legt sich wieder, sie vertheidigt sich nicht mehr, sie schweigt in dem Gefühl, daß hier jedes Wort verloren ist. Sie hört nicht auf den Berthe diger, der die übliche kurze Rede vom Stapel läßt, sie hört auch nicht auf den Richter, der zwei Monate Gefängnis über sie verhängt. Und als man ihr begreiflich macht, daß alles vorüber ist, folgt sie wie im Traum den Gefängnißbeamten, die sie fortführen.

Der alte Beamte flüstert Andree ins Ohr:

„Wir sind gut angekommen. Die Richter sind

streng. Gnade Gott unsern Spigbuben!“ — Andree antwortet nichts. Das Herz ist ihm schwer. Er fragt sich, ob diese Justiz, die all ihre Strenge über den Armen und Elenden walten läßt, ebenso gerecht wie schnell in ihrem Urtheil ist. Und dann ist er noch nicht ganz gewiß, ob die Strafmaschine für die Kleinen wie für die großen gleich gut functionirt.

Noch ein Urtheil, das letzte! Ein Lumpensammler hatte etwas flott gelekt. Man hat ihn verhaftet, weil seine Ausgaben Verdacht erregt hatten. Er hat gestanden, daß er in einem Rehrichthausen ein Portefeuille mit 2000 Francs gefunden. Er hat dem Commissar die 1600 Francs, die noch übrig waren, übergeben. Man hat dann nach dem Eigentümer gesucht, ihn aber nicht auffinden können. Thut nichts! Der Lumpensammler erhält dreizehn Monate Gefängnis! — Der alte Beamte hat Recht. Das Gericht geht mit allem, was wie Diebstahl aussieht, besonders streng um.

Endlich ruft der Gerichtsdiener auf: „Die Sache der Phosphatgesellschaft.“ Eine Bewegung macht sich im Zuschauerraum bemerkbar. Andree und Colombel, die Vertreter der Actionäre setzten sich zur Linken des Gerichtshofes auf ihre Plätze, hinter ihnen nimmt Ferrier, ihr Anwalt Platz. Auf der anderen Seite erblickt man auf der Anklagebank einen sehr eleganten Herrn mit ruhiger Miene, ruhigem, frischrasirtem Gesicht, einem runderlichem Bäudlein, weißen Händen, die nachlässig mit einem Schindklotzorgnon spielen: das ist Herr Albary, der letzte Director der Gesellschaft. Hinter ihm redt sein Verteidiger Allyn, Mitglied des Ordnungse-

rathes, seine kleine, nervige Gestalt in die Höhe und hüllt sich in seine toga mit der Gelassenheit eines Redners, der an den Erfolg gewöhnt ist.

Zunächst nimmt der Anwalt der Kläger das Wort. Ferrier geht in seiner Verachtung aller rhetorischen Kunstgriffe so weit, daß er sich sogar von aller Beredsamkeit fernhält. Seine Rede ist nüchtern, ernst und kalt. Er berichtet gewissenhaft die Geschichte der Gesellschaft. Er verweist auf die Unregelmäßigkeiten, die sie von ihrem ersten Auftreten an corrumpt haben, giebt die Ziffern und Daten, auf die sich die Sorglosigkeit oder besser vielleicht die Leichtgläubigkeit der Actionäre stützen konnte, auf das Genaueste an, und, obgleich er alles vermeidet, was die Debatte zu einer leidenschaftlichen gestalten könnte, machen seine sorgfältigen Angaben doch zuerst Eindruck. Albary hat seine lebenswürdige Nachlässigkeit verloren, Colombel giebt lebhafteste Zeichen seiner Zustimmung. Unglücklicherweise geräth der Rechtsanwalt aber jetzt in's Stocken und verliert sich in einem wahren Zahlengewirr. Die Zuhörer vermögen nicht mehr zu folgen, langweilen sich und hören nur noch mit halbem Ohre zu. Der Redner sieht, wie der Präsident wieder die Nase in seine Acten steckt, er hört hinter sich halblautes Gepolter. Er beendet seine Rede in dem Vorgefühl, eine Niederlage erlitten zu haben, und als er in seinem Schlußwort für seine Klienten eine materielle Entschädigung verlangt, fehlt seinen Ausführungen jenes warme und leuchtende Etwas, das überzeugend auf die Gesister wirkt.

Nun erhebt sich der Staatsanwalt Martijn. Er

### Politische Rundschau.

— Der Preis für das Centrum. In parlamentarischen Kreisen wird nach dem „Berl. Tageblatt“ angenommen, daß der Bundesrath die Entscheidung über die Aufhebung des Jesuitengesetzes von 1874 diesmal durchaus nicht auf die lange Bank schieben werde. Vielmehr wird als wahrscheinlich angesehen, daß der betreffende Reichstags-Beschluß bereits im Monat März auf die Tagesordnung einer Sitzung des Bundesraths gelangen soll. Wie die Entscheidung dort getroffen wird, steht dahin. Jedenfalls begegnet man in sehr ernst zu nehmenden Kreisen der Anschauung, daß das reichsgerichtliche Niederlassungsverbot gegen den Jesuitenorden demnächst außer Kraft treten werde.

— Ein Bischof über das Umsturzgesetz. Der Bischof von Mainz, Dr. Gaffner, schreibt in seinem Fastenbrief über die Umsturzvorlage: „Trotz der aufs höchste gespannten äußeren Wachtentfaltung stehen die Regierungen unüberwindlichen inneren Schwierigkeiten gegenüber. Die Versuche, die Staatsordnung durch Strafverschärfungen zu schützen, dienen nur dazu, die Unbehaglichkeit aufzudecken, welche in allen Kreisen der Bevölkerung herrscht.“

— Der Antrag Kanitz wird nicht eher dem Reichstage eingebracht werden, als bis der Staatsrath seine Ansicht darüber geäußert hat. Die Deutsche Tageszeitung bestätigt, daß diese Rücksicht auf den Staatsrath „auf ganz speciell ausgesprochenen Wunsch des Kaisers“ genommen wird. Diese Angelegenheit sei bei der jüngsten Audienz der Bundes-Vorstandsmitglieder beim Kaiser zur Sprache gekommen.

— Eine unerhörte „Frisivolität“ bezieht der nationalliberale „Comm. Cur.“, eine Frivolität in dem kürzlich vom „Reichs-Anzeiger“ neu ausgetragenen Sinne, wonach es frivol sein soll, von Ministerkränzen zu sprechen. Das Wort veröffentlicht nämlich folgende Mitteilung aus Berlin:

„Nach unseren eigenen Informationen steht Fürst Hohenlohe im Vertrauen des Kaisers so fest, daß es den Conservativen unter keinen Umständen gelingen wird, seine Stellung zu erschüttern. Dagegen ist man in wohl unterrichteten Kreisen von der absoluten Sicherheit der Stellung des Ministers v. Köller, des Vertrauensmannes der Conservativen, durchaus nicht überzeugt und hat dafür gute Gründe.“

Aus der Art, wie Herr v. Köller die Umsturzvorlage vertheidigt und aus dem Eindruck, den seine sonst parlamentarische Thätigkeit macht, will man allerdings vielfach in politischen Kreisen schließen, daß Herr v. Köller nicht als unerschütterlich angesehen werden dürfte. Jedoch ist zu hoffen, daß der Minister dem neuesten Curie noch lange erholden Heiße, da sich gerade die Oppositionsparteien bei einem Minister, der ihnen durch seine parlamentarische Reden so zahlreiche und willkommene polemische Angriffspunkte bietet, ausgezeichnet sehen.

— Bismarck-Deputationen für den 80. Geburtstag des Jubeljahres werden jetzt überall geplant. Auch die „Deutsche Studentenschaft“ veranstaltet eine Guldigungsfahrt. Dem wird jetzt bekannt, daß die Theilnehmer an dieser hundertjährigen Guldigungsfahrt „auf allerhöchsten Befehl“ von dem kaiserlichen Ehrenabr-

directionen und preussischen Privatbahnverwaltungen in der Zeit vom 31. März bis 3. April eine Fabrikpreiserhöhung erhalten; das Reichs-Eisenbahnamt hat sich mit den beteiligten Bundesregierungen wegen entsprechender Ermäßigungen in Verbindung gesetzt. — Hossentlich zieht das.

— Den empörten Liberalen, die der Hintelensche Antrag zum § 130 des Strafgesetzbuches plötzlich aus ihren süßen Umsturzbekehrungs-Träumen aufgeschreckt hat, widmet die liberale „Köln. Volksztg.“ folgende Worte:

„Der Liberalismus der verschiedensten Schattirungen kann also ruhig sein: an seinem Grundrecht, das Da-sein Gottes und die Unsterblichkeit der Seele zu leugnen — natürlich immer „wissenschaftlich“ — wird nicht gerührt werden. Aber dann bleibt auch weiter wahr, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein wirksamer Schutz der „Religion“ im Sinne der Umsturz-Vorlage überhaupt nicht zu erreichen ist und daß, wenn der Antrag Hintelen, welcher versucht, dem Begriff Religion eine bestimmte Gestalt zu geben, abgelehnt wird, die Fassung der Regierungsvorlage erst recht abgelehnt werden muß. Von wo herein haben wir daraufgelegt, daß der § 130 den eigentlichen Schwerpunkt der Umsturz-Vorlage bilde, daß aber an ihm auch am flüchtigsten heraustraten werde, wie die Verschiedenheit der grundsätzlichen Anschauungen über die Fundamentalbegriffe von Religion u. s. w. es vollauf ausgeschlossen erscheinen lasse, auf diesem Gebiete eine gesetzgeberische Verhandlung herbeizuführen. Wir bleiben daher dabei, daß die wesentlichsten Bestimmungen der Vorlage schüttern und nur einige veridärfte Strafvorschriften übrig bleiben werden, welche den „Umsturz“ im Wesentlichen unberührt lassen, weil man auf den letzten Damm des Umsturzes nicht zurückgehen, den „Umsturz von oben“, aus welchem der „Umsturz von unten“ immer neue und immer reichlichere Nahrung zieht, nicht treffen will, ja im gewissen Sinne auch nicht treffen kann. Und da Heißt für das Centrum in der Hauptsache nur die Aufgabe, zu verhindern, daß ein Klaffengesetz gemacht werde; ein weiteres ist nicht zu erreichen. Das ist das Verhängnis der sogenannten „modernen Entwicklung.“

— Die Zuckerfabriken werden immer raffinierter. Eine vom Bundesrat Landwirthe vereinigte Commission verlangt zu dem Antrag Pasche auch eine Contingentierung der Zuckerverzeugung nach dem Muster der Subsidien für die Brenner. Jede im Betrieb befindliche Fabrik erhält nur Anrecht auf Ausfuhrvergütung im Verhältnis ihres Contingents. Es ist auf 75 pCt. der letzten 5 Jahre mit Fortfall der beiden Jahre mit höchster und niedrigster Erzeugung zu berechnen. Wenn überhaupt einmal für die Reichskasse aus der Zuckersteuer mehr als 150 Mark pro Kopf übrig bleiben, so soll das Plus zu einem Sparposten für die Zuckerfabriken zurückgelegt werden, um in Jahren mit großer Ausfuhr eine Nothverderung an die Fabriken zu vermindern, insofern die Ausfuhrprämien abnehmen die dafür in dem Antrag Pasche bestimmten Fonds übersteigern.

— Coloniale. Das Entlassungsgesuch des Gouverneurs von Ostafrika, des Herrn von Schele, ist,

wie wir schon meldeten, genehmigt worden. Er soll eine Garde-Cavallerie-Brigade erhalten. Ein Nachfolger wird, wie die „Kreuzzeitung“ meldet, nicht sobald ernannt werden, da v. Schele bis Anfang Juli als Gouverneur beurlaubt ist und die damit verbundenen Bezüge erhält. Als Nachfolger wird der jetzige Stellvertreter Scheles, Oberstleutnant v. Trotha, genannt Wismann soll Vizegouverneur und Commandeur der Schutztruppe werden. Sollte Wismann ablehnen würde dann Bennigfens Sohn, ein Landrath, Vizegouverneur werden. Derweil wird weiter colonisirt. Noch einer der „Nationalzeitung“ aus Dar-es-Salaam zugehenden Privatmittheilung hat eine Compagnie der deutsch-ostafrikanischen Schutztruppe gegen ihren Führer den Lieutenant Fromm gemeutert. In einem in Colonialblatt vom 15. Januar veröffentlichten Bericht des Gouverneurs v. Schele vom 1. December 1894 über die Expedition gegen die Wahehe hieß es bekanntlich, daß, wenn es dem Compagnieführer Fromm gelinge, ohne wesentliche Verluste nach Kilossa zu kommen, und dem Compagnieführer Prince, Mwalala zu erreichen, der Ausgang der Expedition als ein durch aus befruchtender zu bezeichnen sein dürfte. Statt dessen ist die Compagnie des Lieutenants Fromm, nachdem Kilossa zu gelangen, ohne ihren Führer an die Küste zurückgekommen; Lieutenant Fromm hat sich ebenfalls dort eingeschunden. Der Grund der Meuterei soll lediglich in verkehrter, namentlich zu harter Behandlung der Leute durch den Compagnieführer zu suchen sein. Praktisches Christenthum mit Fluchpferdpeitsche und Galgen versöhnt die „Wilden“ mit der Cultur.

— Die Berufs- und Gewerbezahlungen. Die Commission des Reichstages zur Verberathung des Gehaltentwurfes, betreffend die Vorabnahme einer Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895 hat ihren Bericht fertig gestellt. Die Beschlüsse der Commission lauten: 1. dem Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Vorabnahme einer Berufs- und Gewerbezahlung im Jahre 1895 — Nr. 78 der Drucksachen — unversehrt zu ertheilen; 2. folgende Resolutionen anzunehmen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, 1) bei der Berufs- und Gewerbezahlung auch den Geburtsort und die Adresse des Arbeitgebers zu erfragen; 2) die Frage nach der Duitungskarten für die Invaliditäts- und Altersversicherung fallen zu lassen; 3) die Frage nach der Beschäftigung gegen baaren Lohn nicht nur auf Personen über 16 Jahre zu beschränken; 4) in den Gewerbeverordnungen zu Frage 12 auch nach der durchschnittlichen Kraftleistung, der benutzten Wassertriebmacht (Wasseräder, Turbinen) zu fragen; 5) es den Einzelregierungen zu überlassen, Zusatzfragen zu stellen oder zuzulassen, insbesondere nach dem Geburtsort und der Adresse des Arbeitgebers, falls die Verallgemeinerung dieser Fragestellung für das ganze Reich (vergl. oben unter 1) unthunlich erscheint; 6) am 1. December 1895 eine Volkszählung stattfinden zu lassen und bei derselben die auf die Arbeitslosigkeit bezüglichen Fragen der Zählung vom 14. Juni 1895 zu wiederholen.

— Die internationale Münzconferenz in Mitte März zusammentreten.

verliert in form geistiger, abnehmender Form, die ganz mit jenem militärischen Auftreten im Uebereinstimmung steht, ein neues Resümee der Thatfachen, ruhig, trocken und gleichfalls mit Zahlen versehen. Wer würde die Objektivität dieser in jeder Beziehung correcten Ausführungen, die mit wahrhaft wissenschaftlicher Unparteilichkeit gemacht zu sein scheinen, argwöhnisch wagen? Indessen bemerken die Historiker, daß er mit einer für die betrübenden Leichtigkeit den Herrn Baron von Dönhoff, Bernand und die ersten Administratoren als unschuldig hinzustellen sucht, daß er erklärt, ihre bürgerliche Verantwortlichkeit könne hier allein in Betracht kommen, daß er die Hauptschuld einem Todten, Breßnere, aufbürdet, der aus guten Gründen die anderen nicht mehr anklagen kann, daß er um eine gelinde Strafe für Albert bittet, der beschuldigt sei, ihm anvertraute Gelder der Gesellschaft verschwendet und sich betrügerischer Forderungen schuldig gemacht zu haben, indem er zum Ehem Dividenden vertheilt.

Das Gesicht des alten Beamten wurden zusehends fester und unruhig rückt er auf seiner Bank hin und her. Jeden Augenblick flüstert er Albert etwas ins Ohr, oder er wendet sich an seinen Anwalt mit fragenden oder ruhenden Blicken, die deutlich sagen: „Nun, was sagen Sie dazu? Wollen Sie uns hier so ruhig abschleichen lassen?“ Albert scheint dem gegenüber etwas ruhig wie seine Gegner anzuseht.

Das Verhör beginnt. Albert, der seine Namen und Titel angegeben hat, antwortet mit seiner Stimme. Er behauptet das Geschehene und behauptet, in jedem

Wort geordnet zu haben. Er habe selbst viel Geld dabei verloren, sagt er. Er sei ebenso gut wie jeder andere ein Opfer des Betrugs gewesen. Bis zum letzten Moment habe er nichts davon gemerkt, daß die Grube erschaffen war. Er habe daher in aller Sicherheit geglaubt, den Antonien Dönhoff zu unterstützen zu können, da er ja haben mußte, etwas mehr als hoch, jedoch durch die Gewinne der vorhergehenden Jahre vollkommen entschädigt wäre.

„Aber“, fragt der Präsident, „wie konnten Sie drei Monate vor der Catastrophe noch nicht wissen, daß die Grube nahezu erschöpft war?“

Albert vertheidigt sich hinter mangelhafte Gutachten der Sachverständigen und übertriebene Berichte, die ihm von den Ingenieuren aus Sadowitz zugegangen seien. Er citirt zathematische Artikel die zur Zeit, als die Gesellschaft begründet wurde, in dem Journal erschienen und die ihn wie alle Welt getäuscht hätten. Er erinnert daran, daß er nur drei Monate lang Director gewesen sei und giebt sich in seine Schlußausführungen der Hoffnung hin, daß die Rechtssachenheit, mit der er, ohne es zu wissen, eine gefährliche Stellung angenommen habe, von den beiden anderen ehrenwerthen Gelehrten, die mit ihm an der Spitze der Administration gewesen, anerkannt werden würde. Jetzt war der Moment gekommen, die beiden ehrenwerthen Gelehrten, die als Zeugen geladen waren, einzusetzen zu lassen. Er rief, der jetzt abgetreten wird, ist vernünftig. Aber der Herr Baron von Dönhoff ist gerath in Versuchung zu erliegen. Der Eintritt des Millardiers wird von einem General

den Rangier begleitet. Einige der Zuhörer grüßen ihn als er vorübergeht, entweder aus Ehrfurcht vor seinem Gelde, oder um in der Achtung der übrigen zu stehen, indem sie so thun, als könnten sie ihn. Andere stehen von ihren Plätzen auf, um ihn besser zu sehen, und scheinen erstaunt darüber, daß ein Mann, der so reich ist, daß er jeden Tag eine halbe Million ausgeben könnte, aussteht wie andere Sterbliche auch. Thatsache ist, daß der Steckbrief dieses Königs im Reiches Freizug etwa wie folgt ausgefüllt werden könnte: Gewöhnlich, Stimm gewöhnlich, Mund desgleichen. Nichts bemerkenswerthes in seiner Physiognomie außer etwa seinen schlaftrigen Augen, die unter langen, hängenden Lidern gleichsam lauernd im Hirtenthalt zu liegen scheinen. Er geht langsam auf die Barriere zu, läßt den Sid mit leiser, verächtlicher Stimme und erhebt dabei mit einer müden Bewegung die Hand, an der ein riesiger Brillant funkelt. Trotz seiner nachlässigen Haltung imponirt er sogar dem Präsidenten, der einem Male seine Fragen in sanftem, salbungsvollen Tone an ihn richtet:

„Würde der Herr Baron uns sagen, was er über die finanzielle Moralität des Angeklagten Albert weiß?“

(Finanzielle Moralität, — auch ein dralliger Ausdruck über den Albert zu jeder anderen Zeit herzlich gelacht hätte.)

(Fortsetzung folgt)

Die ungarischen Volksvertreter wissen sehr gut das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden und sich erhebliche Nebeneinkünfte zu verschaffen. „Budapesti Hirlap“ berichtet darüber: In der Verwaltung der Schiffahrtsgesellschaft „Abria“, welche vom Staate subventionirt wird, sitzen die Abgeordneten: Stefan Tisza, Leo Lanczi, Alexander Malakovic, Julius Rosenbergs und Dominik Teleki. Die Stumaner ararischen Lagerhäuser sind einer Bank für zwanzig Jahre verpachtet; der Präsident dieser Bank ist Koloman Szell, Präsident des Finanzausschusses des ungarischen Abgeordnetenhauses, und Mitglied des Verwaltungsrathes ist Ladislaus Hegedüs. Die Ganzliche Fabrik liefert ständig den ungarischen Staatsbahnen Waggonen, elektrische Apparate etc., und in deren Verwaltung sitzen Alexander Hegedüs und Ignaz Hely. Als Aufsichtsräthe der Waffenfabrik fungiren Ambros Nemesi und Koloman Mitszath. Einzelne Abgeordnete, wie Alexander Hegedüs, sind vielfache Verwaltungsräthe. Ambros Nemesi ist achtfacher Director, aber auch er wird überflügelt von Moriz Mezei, dem Muster eines liberalen Abgeordneten, der an der Verwaltung von fünfzehn subventionirten Bahnen theilnimmt.

Die italienische Ausnahmegegesetz-Praxis des Crispi kann ein Beispiel davon liefern, was wir in Deutschland zu erwarten haben. Von die Umfassung vor- und Ge- wird. Aus Mailand wird dem „Vorwärts“ berichtet: Die früher bestandene socialistische Union in Mailand hatte beschlossen, ein Gruppenbild der eingekerkerten Märtyrer von Sicilien: De Felice, Boeco, Barbato und Genossen anfertigen und verbreiten zu lassen. Die Vorstandsmitglieder der Union, deshalb wegen Glorification von Verbrechen angeklagt, waren am 1. December vom hiesigen Tribunal freigesprochen worden und durch Beschluß des Gerichtshofes waren die 5000 Abzüge der Bilder den Angeklagten zurückgegeben worden. Dieser Urtheilspruch erregte Crispis Nerven aufs Aeußerste. Er telegraphirte dem Staatsanwalt Maggiora, sofort zu appelliren und hat es glücklich erreicht, daß in der Gerichtsverhandlung des Appellhofes das freisprechende Urtheil umgestoßen und der Vorsitzende der Union, Dell'Avalle, zu 3 Monaten Gefängniß und einer empfindlichen Geldstrafe verurtheilt wurde. Dell'Avalle erklärte, an den Cassationshof zu appelliren. Man bedenke, daß dieses Urtheil geschah, während öffentlich hier in den Buchhandlungen dasselbe Bild der Gefangenen ungehindert verkauft wird.

Der neue Schienenweg nach Italien. Wie aus Mailand telegraphirt wird, hat dort die italienisch-schweizerische Commission für die Berathung des Simplon-Durchstiches einen endgiltigen Beschluß gefaßt, die Delegirten haben über denselben ihre Meinung ausgesprochen und sich über die Bestimmungen betreffend Betrieb, Zoll und Tarife geeinigt.

Zum Panamino-Proceß. Nach einer Meldung der römischen Blätter erklärte Giolitti vor dem Untersuchungsrichter, er werde über sein Verhalten als Minister in der Angelegenheit der Schriftstücke der Banca Romana, deren Veröffentlichung die Deputirtenkammer beschlossen habe, nur vor dem Staatsgerichtshof Aussagen machen. Der „Opinione“ zufolge hat der Untersuchungsrichter darauf die Proccacten der Staatsanwaltschaft zugehellt, damit dieselbe zu der von Giolitti erhobenen Zuständigkeitsrede Stellung nehme. Alsdann werde der Cassationshof sich mit der Frage beschäftigen.

Die französischen socialistischen Gemeinderäthe berufen für den 14. Juli, den Nationalfeiertag, einen Conareß nach Paris. Die Aufgabe des Congresses ist die Herstellung eines Verbandes der socialistischen communalen Körperschaften Frankreichs. Wie der Socialismus in jedem Lande an die unmittelbar vorgefundenen Zustände anknüpft, um nicht im Wolkenhimmel der Zukunftswärmerei, sondern auf dem nüchternen harten Boden der Wirklichkeit an der Besserung der herrschenden Uebel zu arbeiten, so hat sich ihm in Frankreich die abhängige Stellung der Gemeinden, die dem von der Regierung bestellten Präfecten des Departements gegenüber der Selbstständigkeit völlig entbehren, stets als ein besonders der Besserung bedürftiger Punkt dargestellt. Die socialistischen Parteien sind überall genöthigt, auch auf dem politischen und Verwaltungsgebiete den energischen Fortschritt zu vertreten. Und namentlich bietet die praktische Arbeit in der Gemeinde die Möglichkeit, gegenwärtig besonders drückende Mißstände zu beseitigen und dort, wo die Entwicklung vortreibend vorgearbeitet hat, sozialpolitische Musterorganismen im Gemeinderahmen zu schaffen, die nicht allein das Wohl ihrer Bürger gewährleisten, sondern auch den zurückgebliebenen Bezirken und Bevölkerungs-

sichten als Beispiel sozialpolitischer Einrichtungen, das zur Nachfolge einlädt, vorangehen. So hat denn bereits die Pariser Commune an die Spitze ihres Programms die freie Selbstverwaltung der Gemeinden, deren Bund die Republik bilden sollte, aufgestellt, was Bismarcks Unverständnis als Streben nach einer Art preussischer Städteordnung und damit als berechtigten Kern der Commune anlah. Und in den letzten Jahren, da der Socialismus in Folge der Ausbreitung der Großindustrie, der Herrschaft der Börse und der schamlosen Corruption aller politischen Einrichtungen der Bourgeois-Republikaner wieder in mächtigem Aufsteigen ist, hat er durch das allgemeine Stimmrecht die Herrschaft in einer Reihe von Gemeinden gewonnen und zu einer Reihe werthvoller Reformen benugt. Ein gewisser Theil der deutschen bürgerlichen Presse hat mit der Liebe zur Verleumdung, die ihm eignet, auch die socialistischen Gemeinderäthe Frankreichs mit jeder Art Schmutz beworfen. Wer ihre wirklichen Leistungen sehen will, der betrachte sich die Aufwendungen des bürgerlich-radikalen, aber von einer socialistischen Minorität vorwärts gedrängten Pariser Gemeinderaths für die Schule, die Verpflegung der Schulkinder und den Handfertigkeitsunterricht, der prüfe den Conflict, in den der socialistische Gemeinderath der nordfranzösischen Großstadt Roubaix mit dem vorgelegten „Staats-erhaltenden“ Präfecten verwickelt wurde, weil er — scharflich zu sagen — durch Gründung einer Gemeindeapotheke und eines communalen Rechtshilfebureaus die Ausbeutung der Noth in Krankheit und Rechtsstreitigkeiten durch das uneigennütige Eingreifen der Gemeinschaft ersehen wollte. Ein Conflict, der später zu der berühmten Interpellation führte, bei der Genosse Guéde in klassischer Weise die Nothwendigkeit und Durchführbarkeit des Socialismus im communalen und staatlichen Rahmen darlegte. Die Demokratie bietet die Möglichkeit, große sociale Reformen auf dem Wege der organischen Fortbildung zu verwirklichen. Wie den Freunden in Frankreich eine ungehemmte demokratische friedliche Entwicklung zur Erfüllung ihrer socialen Aufgaben beschieden sein! Und möchten die Gewalthaber in anderen Ländern von der friedlichen Demokratie der socialistischen Gemeinden Frankreichs lernen, wie man durch notwendige Reformen den gesellschaftlichen Fortschritt erleichtern, den Weg allmählicher Umgestaltung nach dem Willen des Volkes an Staatskrampfhafter Zudungen gegen gewaltsame Unterdrückung setzen kann.

Das Frauen-Wahlrecht hat diese Woche wieder auf der Tagesordnung einer gesetzgebenden Versammlung in Amerika gestanden. Die Legislatur der englischen Colonie Neu-Braunschweig, Canada, hat am Dienstag einen Gesetzentwurf der den Frauen von gewissem Vermögen oder Einkommen das parlamentarische Stimmrecht ertheilen wollte, nur mit einer Majorität von vier Stimmen abgelehnt. Man sieht, daß dieses „Frauenstimmrecht“ zwar keineswegs ideal ist, daß aber immerhin die politischen Rechte der Frauen auch in den älteren anglo-amerikanischen Staaten an der Dürftigkeit wenigstens der Verwirklichung näher rücken.

### Gegen die Tabaksteuer.

Die am Freitag Abend von der Berliner Socialdemokratie einberufenen acht Protestversammlungen gegen die Tabaksteuer waren massenhaft besucht. Es wurde eine gleichlautende Resolution angenommen, worin in Erwägung der in Folge des Consumrückganges zu befürchtenden Lohnerabsetzung der Tabakarbeiter und in Erwägung, daß beim Inkrafttreten des Gesetzes 40,000 Menschen brotlos würden, der Reichstag aufgefordert wird, die Vorlage entschieden abzulehnen.

Zur Tabaksteuer wird auch der „Elberfelder Zeitung“, angeblich aus Bundesrathskreisen, geschrieben, daß, wenn es möglich sein sollte, gegen Gewährung einer Erhöhung des Tabakzolles eine Mehrheit für die Tabakfabriksteuer im Reichstage zu Stande kommen zu lassen, diese Concession nach der jüdischen Seite gemacht werden dürfte, obgleich dieselbe im Bundesrathe nach dem Vorgang Preußens abgelehnt wurde.

Und den Abgeordneten Freiherrn von Manteuffel haben die Tabakindustriellen der Stadt Finsterwalde aus seinem Wahlkreis eine Eingabe gerichtet, in welcher sie unter Schilderung der schweren Nachteile der Tabaksteuervorlage für die dortige Tabakindustrie die Ermattung aussprechen, daß derselbe der Vorlage seine Zustimmung verjagen werde.

Gegen die Tabaksteuer hat weiter eine Versammlung stattgefunden in Ahim, wo Genosse Dr. Dieblich aus Bremen referirte.

### Parteiangelegenheiten.

Von der Agitation. Der Frau Rähler-Hamburg, die sich gegenwärtig auf einer Agitationstour durch Westfalen befindet, werden dort mancherlei Schwierigkeiten bereitet. Eine Volksversammlung, welche dieser Tage in Ahtena stattfinden und in der Frau Rähler über Pflichten und Rechte der arbeitenden Klasse sprechen sollte, wurde verboten. Die Anmeldung der Versammlung be-

scheinigte die Polizei wohl, verbot aber die Theilnahme der Frauen an derselben einschließlich der Referentin. Was werden wir wohl unter dem neuesten Curs noch alles erleben müssen. Dem Einberufer gelang es noch rechtzeitig, Dr. Bütgenau zu benachrichtigen, welcher das Referat an Stelle der Frau Rähler übernahm.

### Arbeiterbewegung.

Achtung Stuhlauer! Am Sonnabend wurde sämmtlichen Stuhlauer der Firma Arthur März in Rabenau-Sachsen, gekündigt, ohne daß hierfür ein Grund angegeben wurde. Es kann bloß darauf abgesehen sein, den Lohn zu reducirern. Wir ersuchen freundlichst den Bezug fernzubahalten.

Achtung Lithographen! Die organisirten Lithographen Americas beabsichtigen gegen die verderbliche Accordarbeit vorzugehen. Sie ersuchen deshalb die Kollegen Deutschlands, überhaupt die Kollegen Europas, sich nicht nach Amerik. anwerben zu lassen, da sie nur als Streikbrecher dienen sollen, um den Lohn zu drücken. Zwei der größten Geschäfte sollen, wie es heißt, Agenten nach Europa senden, um Streikbrecher zu werben.

Wegen ausgebrochener Lohndifferenzen in der Malerei der Firma Giby in Düsseldorf werden die Porzellanmaler allerorts ersucht, den Bezug nach dort fernzubahalten.

Zwei Streikbrecher haben sich leider schon bei der Firma Frowein (Bandwirtherei) in Elberfeld gefunden.

Zug von Tischlern ist fernzubahalten von Pforzheim (Weiß's Möbelfabrik); es streiken dort 50 Mann. Ferner ist noch immer der Bezug fernzubahalten nach Fulda bei Gelsenkrethen (Naumanns Werkstätte), Egehoe (Weißhalsche Möbelfabrik), Ludenwalde (Billig's Werkstätte); von Tischlern und Metallarbeitern nach Güstrow i. M. (Weddenburgische Waggonfabrik); von Tischlern und Drechslern nach Goslar (Weiß'sche Möbelfabrik); von Drechslern nach Lauterberg (Fabrik Hillegeist) und Harzburg (Schulze's Holzbearbeitungsfabrik); von Bürstenmachern nach Braunschweig (Werkstatt von Gede, Wendenstraße); von Korbmachern nach Oslebshausen bei Bremen (Barre's Werkstatt).

Der Streik der Eisenmöbelarbeiter in Budapest dauert fort. Der Werkführer, dessen brutales Auftreten mit die Veranlassung zur Arbeitsniederlegung war, hat sich nach Wien und auch aus Mangel gewandt, um Arbeitskräfte zu erhalten. Hoffentlich täuscht er sich.

Die Streikliste beschlagnahmt. Die Streikliste der Budapester Tischlergehilfen, welche sich seit einiger Zeit in partiellem Zustand befanden, wurde gestern Nacht in Folge directen Auftrages des Ministers des Innern von der Polizei mit Beschlagnahme belegt, desgleichen die im Fachvereine befindlichen Acten.

Accordarbeit in der Schweiz. Das schweizerische Industrie- und Landwirtschafts-Departement in Bern hat sich nach seinem Jahresberichte pro 1894 mit einer Eingabe der Metallarbeiter-Gewerkschaft, des Schweizer-Fachvereins und des Fachvereins der Maschinenhändler in Winterthur beschäftigt, welche verlangte, daß bei Accordarbeit jeder einzelne Arbeitsposten im Lohnbuche des Arbeiters genau specificirt und ein minimaler Tagelohn ausgesetzt werde. Erreicht der Accordlohn die Höhe des Tagelohnes nicht, so hat der Fabrikant die Differenz drauzuzahlen, übersteigt der letztere den letzteren, so dürfen Abzüge nicht gemacht werden. Das genannte Departement entsandte nach Winterthur einen besonderen Vertreter, um mit der betreffenden Firma die Angelegenheit direct zu regeln. Die Firma ging auf die Specification der Accordabrechnung ohne Schwierigkeit ein, nicht aber auf die anderen Forderungen, zu denen das Departement bemerkt: „Diese Frage (betr. den minimalen Tagelohn) ist von so enormer Tragweite, daß sie langer und ausgedehnter Studien in den verschiedenen Industrien bedarf und zur Zeit nicht bestimmt beantwortet werden kann.“ Die Schwierigkeit zur Lösung der Frage ist jedenfalls nicht so groß, als sie dargestellt werden wird. Man berechne für den Arbeiter aus dem Fabrik-Lohnbuche aus einem oder mehreren Jahreslöhnen den durchschnittlichen Tagelohn und der Arbeiter wird gerne mit dessen Anerkennung als minimalen Tagelohn zufrieden sein. Daß dem Arbeiter von einer erzielten höheren Accordlohn-Summe nichts abgezogen werden soll — diese Forderung ist von elementarster Billigkeit, sodaß darüber weiter nicht gestritten werden braucht.

Der internationale Studientausch für die Interessen der Eisenbahnangestellten veröffentlicht haben die vom 2 internationalen Congreß der Eisenbahnangestellten im October v. J. zu Paris angenommenen Statuten und Beschlüsse. Von den letzteren haben wir die folgenden als die wichtigsten hervor: Der 1. Mai soll von allen Eisenbahnern als der Tag betrachtet werden, wo das Proletariat überall seine Forderungen an den Tag legt; sie sollen daher an dieser Kundgebung Theil nehmen. — Die Arbeitszeit muß auf 48 Stunden wöchentlich, das heißt auf 8 Stunden täglich begrenzt werden, ohne die Löhne zu vermindern. Die Stunden sollen nach den Dienstansforderungen geregelt werden, sodaß der längste Arbeitstag nicht 10 Stunden überschreite, und die Angestellten eine ununterbrochene Ruhe von wenigstens 36 Stunden wöchentlich genießen sollen. Es soll ein auf die Lebensbedürfnisse gegründeter Minimallohn festgestellt werden. Es werden nachträgliche Arbeitsstunden nur dann zugelassen, wenn Unfälle oder Bahnhinderungen sich ereignen. In diesen Fällen wird die Arbeitsruhe angemessen verlängert. — Abschaffung der Frachtzüge an Sonntagen, die Züge ausgenommen, welche vollständig mit leicht verderblichen Waaren beladen sind. — Abschaffung der Stückarbeit, sowie der Prämien in allen Dienstzweigen ohne die Löhne und Gehälter der Angestellten zu vermindern. — Der Congreß erklärt, daß die Eisenbahner das Recht haben, ihre Pflicht als politische und administrative Wähler zu erfüllen, und überläßt den Organisationen jedes Landes, den gesetzgebenden Körpern die nöthigen Vorschläge vorzulegen, um den Eisenbahnern die Ausübung ihrer Rechte zu erleichtern, ohne den Dienstansforderungen zu schaden. — Der Congreß ist überzeugt, daß die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiter nur durch die Socialisirung der Produktionsmittel erreicht

werden kann. — Zugleich wird mitgeteilt, daß der nächste internationale Congress im August d. J. in Mailand stattfinden wird.

**Gewerkschaftliche Organisation der Frauen in Schottland.** Dem im März 1893 auf Veranlassung der „Frauenklub-Liga“ zu Glasgow gegründeten „Landesverbands-Ausschuß für Schottland“ gehören gegenwärtig 14 der bedeutendsten Gewerkschaftsräte (Vertreter von Gewerkschaftsverbänden) an, sowie 21 Trade Unions und Vereine, in denen gemeinsam Arbeiter und Arbeiterinnen solcher Berufe organisiert sind, in welchen Männer wie Frauen beschäftigt werden. Der „Landesverbands-Ausschuß von Schottland“ repräsentirt die städtische Anzahl von 93,526 Mitgliedern.

**Sociale Uebersticht.**

**Ein Beitrag zur Kritik unserer Versicherungs-Gesetzgebung und zugleich zur Kritik der „besten aller Welten“.** Der Arbeiter Wonnebach, welcher sich ehemals als Handlanger auf Bauten sein Brot verdiente, zog sich vor etwa acht Jahren bei der Ausübung seines Berufs einen Oberschenkelbruch zu. Dadurch wurde die Gebrauchsfähigkeit des fraglichen Beines, das nach der Verteilung des Bruches um 5 Centimeter verkürzt war, fast beeinträchtigt. Die Arbeitsfähigkeit W.'s wurde damals auf 50 Procent seiner früheren Leistungen geschätzt, und man sprach ihm eine Unfallrente in Höhe dieses Procenttages der Rente für volle Erwerbsunfähigkeit zu. Die heftig-nassauische Langewerks-Berufsgenossenschaft minderte nun im vorigen Jahre die Rente auf 33 Procent herab, nachdem sie etwa 7 Jahre lang die 50 Procent gezahlt hatte. Der Zustand des Klägers sollte sich im Sinne des § 65 des Unfallversicherungs-Gesetzes wesentlich verändern haben, und zwar zum Guten, und W. selbst sollte in Folge „genügender Gewöhnung“ in der Lage sein, entsprechend mehr verdienen zu können. W. behauptete jedoch gerade das Gegentheil und legte Berufung ein. Das Schiedsgericht schloß sich aber auf Grund eines Gutachtens dem Bescheide der Berufung an. In dem Gutachten wurde besonders betont, daß das Bein sich geästet und dessen Bewegungen sich gesteigert hätten. Der Kläger wandte sich nun an das Reichs-Versicherungsamt, auf dem er sich selbst vertrat. Er betritt vorerst energisch, arbeitsfähiger wie früher zu sein, und machte dann folgende bemerkenswerthe Ausführungen. Auf Bauten könne er überhaupt nicht mehr thätig sein, und leichte Arbeiten auszuführen, böte sich ebenfalls soviel wie gar keine Gelegenheit. Niemand wolle ihn, wolle den hindenden Krüppel haben. Im vorigen Jahre habe er 3, 4, im ganzen nur drei Monate Arbeit gehabt, und das in der Landwirtschaft, wo man ihn für seine Hilfe nicht den vierten Theil seines ehemaligen Lohnes hätte zukommen lassen. Mit solchen Einkünften könne er nicht leben. Vergleichlich sei all sein Bemühen nach dauernder Beschäftigung gewesen. Die Leute sagten eben: Was sollen wir mit solch lahmen Hund? — Auf diesen Nothschrei vermochte der Vorsitzende Geh. Regierungsrath Dr. Graf nichts anderes zu antworten, als wie es Frage sich nur, ob Kläger arbeiten könne und in welchem Grade, wenn er Arbeit haben bezugs finden würde: habe er keine Arbeit, dann könnte das Gericht ihm nicht helfen. Es ist festzuhalten, daß die Unfall-Gesetzgebung, wie sie einmal in ihrer ursprünglichen Form Antwort nicht zuläßt. — Was sollen wir mit solch einem lahmen Hund? — welche schwere Aufgabe der bestehenden Verhältnisse beruht nicht aus diesen Worten! Die ganzen Leiden und Sorgen eines armen, gequälten Krüppels, den die von ihm hoffen, die seine Kraft und Gesundheit verbraucht haben, werden durch das einfache, mit bitterem Gohn herausgeschleuderte Wort wie durch einen Blitzschlag groll befeuert. — Das Reichs-Versicherungsamt hob ja allerdings das schiedsgerichtliche Urtheil auf und bezog es bei den früher gezahlten 50 Procent, weil es eine wesentliche Veränderung im Zustande des Klägers gegen früher nicht für erwiesen hielt; aber was nützt dem Armen diese Genugthuung, wenn man ihn mehr als „lahmen Hund“ mit be-

schäftigen mag? Mit den „Schlichtoten“ der Central-Arbeitsnachwehelle für Rheinland und Westfalen in Düsseldorf unter die holländische „Correspondenz“ in einer ihrer letzten Nummern zu kritisiren. Es heißt da, daß im Jahre 1894 985 Arbeitslose untergebracht worden sind gegen 739 im Jahre 1893. Unter den 985 Personen befanden sich 23 Arbeiter und Ausläufer, 73 Hausweiber, Diener, Frauen, Knechte und Pomiers, 88 Arbeiter, Adre- und Fabrikweiber und Handarbeiter, 303 Hausweiber, 14 Schreiber, Commis, Bediente und Buchhalter und 24 Dienste- und Fabrikweiber. Die herabge der Central-Arbeitsnachwehelle hat im Jahre 1894 14,195 Nachrichten aufgenommen. Davon waren 14,424 Personen Hilfesuchen, 13,285 Personen Arbeitslos und 31,054 Arbeiterinnen nachweislich. Der Substitutions des Entschlusses wird erreicht bei der Aufnahme, daß ein Drittel der „Güter“ auf Bezüge der Opfer des heutigen Wirtschaftskrisens, mehr als die Abhängigkeit und Unterkommen sich verdient, sondern auch noch für die von ihnen geleistete Arbeit 1888,10 Markt an Lohn ausgezahlt erhalten hat. Diese Summe verhält sich auf ein „Drittel der Güter“, ergibt also von Seiten noch nicht 40 Pfennige, welche ein ungeschulter Arbeiter unserer Social-einzel. Aber kommt denn dem Herrn n. Schiller nicht ein lieber Zweifel an über die Verantwortlichkeit der von ihm vertretenden Ordnung, wenn er sieht, daß allein in einer Stadt von Jahr über 14,000 Menschen von den geistlich-haftsten Wohlthätig der berathigten Central-Arbeitsnachwehelle machen müssen?

**Die Vermögensschwundhaftigkeit der Jungfrauen**, wie sie sich unter Umständen entwickeln könnte, wenn nur die Gehege nach Wunsch der Jungfrauen reichlich gäben, haben wir erst vor Kurzem durch ein Beispiel nachgewiesen. Dort waren es die Jücker, die das Publikum in der unbetontesten Weise zu überreden suchten, in daß sich die Stadtverwaltung ins Mittel legen müßte. Heute sind wir in der Lage, ein anderes Beispiel aus Fernland bekanntzugeben, wo die Bestimmung die Conjointen durch unerschwingliche hohe Preise habigen. Ein Bauer hat

dort eine Brotfabrik errichtet und verkaufte den Laib Brot zwölf Pfennige billiger, als die Bäckermeister. Zur Bequemlichkeit des Publicums sollten in der Stadt noch mehrere Filialen errichtet werden. Kein Wunder, daß bei den überaus traurigen Zeiten die Bevölkerung in hellen Haufen nach der Fabrik strömte, um das billige Brot zu kaufen. Die Bäcker verspürten diesen Ausfall wohl und brachten es so weit, daß der Besitzer die Fabrik an die Jücker abtrat, die den Betrieb nun schleunigst einstellte. — Öffentlich finden sich andere hoffnungsvolle Capitalisten, die in ihrem Erwerbssinn sich nicht abhalten lassen, den Bäckern eine recht empfindliche, in diesem Falle ganz gesunde Concurrenz zu bereiten.

**Sie sind sich alle gleich.** Auch die Herren Schlächtermeister können sich nicht davor hüten, daß ihre unumschränkte Herrschaft über die Knochen ihrer Arbeiter durch die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung vom 1. April etwas eingeschränkt werden soll. Man hält gegenwärtig im Lande Versammlungen ab, um diesen „schweren Schlag für das Gewerbe“ abzuwenden. — Es wäre ja auch schrecklich, wenn die bisher so schön patriarchalisch geordnete Schlächter-gesellen sich durch die Nähe am Sonntag das Denken angewöhnten. Das wäre das Schlimmste, was den fett-schweißenden Jünglingsmeistern passieren könnte.

**Trog der großen Arbeitslosigkeit**, die unbestreitbar an allen größeren Industriezentren herrscht, suchen die Unternehmer, falls sie Arbeitskräfte nöthig haben, diese aus den Provinzen heranzuziehen, aus Gegenden, deren Bewohner als bedürftigster bekannt sind. So handelte auch die GERMANNIA in Kiel, als sie Schiffbauer benötigte. Gegen 50 Mann, so theilt die „Schlesw. Volkstz.“ mit, kamen dieser Tage in Kiel an, um in genannter Werkstätte in Arbeit zu treten. Sie waren durch Injerat in Stettin angeworben, hundert von Kieler Arbeitern aber stehen seit Wochen täglich vor den Thoren der Werkstätte, unter ihnen die gebrechten Schiffbauer, um Arbeit zu erhalten.

**Unter dem Schweizerischen Fabrikgesetz** standen Ende 1894 4793 Etablissements; von der Fabrikliste gerieben wurden im verflohenen Jahre 210 Etablissements mit 3618 Arbeitern, neu unterstellt 20 Etablissements mit 3482 Arbeitern. Die Fabrikinspektoren nahmen 5464 Revisionen — bei 4793 Etablissements! — vor. Der Fabrik-inspector Kaufmann in Schaffhausen hat in jüngster Zeit einen weiteren Abwärtsschritt in dem Chemiker Dr. Vogel-janger erhalten. Mit ihm zählt das Amtspersonal neun Beamte.

**Gerichtliches.**

**Religionsverhöhnung.** Die Erhebung einer Anklage gegen die Sonner Burichenchaft „Allemnania“ wegen Religionsverhöhnung, die auf einem Auenrumpfe begangen sein sollte, ist von der Staatsanwaltschaft in Gießen abgelehnt worden. Der Vorstand des hessisch-nassauischen Cultus-Bundes lautet wie folgt: „Auf die Anzeige vom 4. August d. J. gegen die Mitglieder der Burichenchaft „Allemnania“ wegen Verhöhnung kirchlicher Gebräuche theilt ich mit, daß die angeführten Ermittlungen mit einem Anlaß zu unzutrefflichen Ermittlungen nicht bieten. Wenngleich ein Theil der vernommenen Jungen bekundet hat, daß sie in einzelnen Handlungen einiger an dem Anzug beteiligten Personen eine Nachahmung und Verhöhnung von Gebräuchen der katholischen Kirche erblickt haben, so steht die in den Auslagen eine Reihe von bezüglich bemerkten (katholischen) Jungen gegenüber, welche in den erwähnten Handlungen lediglich einen jüdischen Akt gesehen haben, den sie als eine Nachahmung betr. Verhöhnung katholischer Gebräuche nicht zu erachten vermögen. Die Ermittlungen haben auch noch andere Momente ergeben, welche dafür sprechen, daß den Beteiligten bei Ausführung der bezeichneten Handlungen jede Art Absicht gänzlich fehle. Es fehlt somit ein Beweis dafür, daß die Beteiligten bewußt Verhöhnung von Gebräuchen der Kirche beabsichtigen.“ — Ein Schreiben in voriger Linie zu Beginn abgeleiteten Verhöhnung in voriger Linie das Defensiv-Gottes ge-laugnet hat, in demnach von Rechtswegen auf Grund des großen Auenrumpfes zu 14 Tagen Haft verurtheilt werden.

**Gegen Rigorosität eines Schulkindes** in vom württembergischen Hofen am 13. December vorigen Jahres der württembergischen Johann Wilhelm Krenschmar zu 30 Mt. Gehalt verurtheilt worden. Die noch nicht 7 Jahre alte Tochter W. ist ein vom Angeklagten an der Tafel geschildertes Kind. Darin gab er zu einige Schläge auf die Hand und W. dann in ihrem Oberarm den die Haut der Oberarm-Hand blaute und eine  $\frac{1}{4}$  Centimeter tiefere Wunde verursachte. In einer ärztlichen Stellung vor dem Hofen nicht bezweifelt an allerwichtigsten zu einer demüthigen. — Die Hofen des Angeklagten rügte Verhöhnung unglücklicher Umstände des Kindes, das Reichs-gericht demselben jedoch vor einigen Tagen das Rechtsmittel, da unzulässig eingeklagt ist, daß der Angeklagte sich der Verhöhnung nicht bewußt gewesen ist.

**Technik und Wissenschaft.**

**Ueber die Geschichte des Gasglühlichts** hielt vor einigen Tagen Direktor Dr. Löwenberg in der polytechnischen Gesellschaft zu Berlin einen vom Theil sehr interessanten Vortrag. Dr. Löwenberg drückte die allerdings nicht ganz neue aber wenig bekannte Schöpfung vor, daß das amerikanische Gasglühlicht keine originale Erfindung sei, sondern vielmehr bereits von 30 Jahren in einer ähnlichen Form, wenigstens aus ein mehr oder weniger Versuch existirt hat. Mitte der vierziger Jahre hat nämlich ein Chemiker James Dewar's Versuche mit einem Gasmische gemacht, das er über eine Platte führte und bei mit Kreide und Kupferoxyd imprägnirte war. Später, Anfang der fünfziger Jahre, wurde ein großer Versuch mit einem gas-ähnlichen Gasgemisch gemacht, aber beide Versuche blieben aus dem Grunde nicht aus, weil die chemischen Natur erst mit Auer's System begann das Gasglühlicht in Aufschwung zu

kommen, und dies speciell seit dem Jahre 1891, wo ein neues Imprägnirungsverfahren erfand, welches er erhielt und daher nicht patentiren ließ. Diese Art Auer's hat natürlich bald die gesammte Concurrenz an lebhafteste beschäftigt, aber alle seither erfundenen Systeme haben nicht vermocht, die Position, welche Auer'sche Licht in unserem geschäftlichen und privaten Leben errungen hat, zu erschüttern. Ein Versuch, sechs sieben brennende Lampen verschiedenen Systems zu führen, mißglückte leider, wie der Vortragende behauptete, zufolge des geringen Gasdruckes. Die weiter vorgebrachten Zahlen enthielten ihrer Hauptsache nach nichts, was schon bei anderer Gelegenheit gesagt worden wäre, viel bemerkenswerth ist hiervon, daß Gasglühlicht sich unter ständen billiger stellt als das Gasglühlicht. Zum Schluss der Vorsitzende den Bericht Professor Vogel's über jüngsten photometrischen Versuche mit verschiedenen Gasglühlichtarten vor. Nach den Ergebnissen, zu welchen Professor Vogel hierbei gelangt ist, soll das Auer'sche Licht welches er mit drei anderen Sorten verglichen hat, dieselbe von 10 Procent bis 100 Procent geschlagen haben.

Es folgte hierauf ein kurzer, aber höchst spannender Vortrag von Dr. Böhlendorf über den Leuchtstoff, das Acetylalicht. Der betreffende Leuchtstoff, welcher aus Kalk und Kohlenstoff zusammengesetzt ist, hat die Eigenschaft, bei Berührung mit Wasser Gas zu entwickeln, das mit, wie es scheint, ziemlich hohem Leuchtvermögen eine bedeutende Zukunft habe, indem es zugleich eine neue Quelle für Alkohol enthält, die, welchen es sich bei entsprechender Behandlung verwandeln lässt. Vor einigen Jahren hat ein Chemiker aus Leuchtstoff Zucker hergestellt. Die Chemie wird uns wohl in mancher Ueberraschung bringen. Freilich mit der praiswürdigen Verwerthung ihrer Entdeckungen ist sie meist zu unpraktisch.

**Ueber den Einfluß des Tabaks auf den Schwachheits-Bacillus.** Die statistischen Erhebungen haben ergeben, daß die Cigarrenarbeiter in Folge ihrer schwebeligen Arbeitsverhältnisse häufig an Tuberkulose der Lungen erkranken. Daß Tuberkulose leicht von den Arbeitern auf den Tabak und die Cigarren übergehen können, läßt aus der üblichen Darstellungsweise der Cigarren folgen. Bei der großen praktischen Bedeutung, welche diese Gelegenheit besitzt, ist es interessant, daß der Schweizer Bacteriologe D. Perez genaue Untersuchungen über die Haltbarkeit des Tuberkulusbacillus in und auf Cigarren angestellt hat. Das Resultat war, daß nur dann, wenn die mit tuberculösen Auswurf inficirten Cigarren nicht länger als zehn Tage lagern, deren Waschwasser Tuberkulose bei Meerschweinchen zu erzeugen im Stande war; bei längerer Lagerung inficirter Cigarren verloren die Bacterien ihre giftigen Eigenschaften. Dagegen vermochte die bloße Eintrocknung des tuberculösen Sputums auf Papier unter üblichen Bedingungen die Giftigkeit der Bacterien erst in der vierten Woche zu zerstören. Nach dieser Untersuchung liegt also für die Conjointen die Gefahr, durch Cigarren als Zwischenträger mit Tuberkulose bedroht zu werden nicht vor.

**Statistisches.**

**Der telegraphische Unfall-Melddienst** ist von der Reichspostverwaltung im Jahre 1894 bei weiteren 100 Telegraphenanstalten eingeführt worden. Die Zahl der Orte, wo der Unfall-Melddienst im Reichstelegraphengebiete besteht, ist dadurch von 6577 Ende 1893 auf 7612 Ende 1894 gestiegen. Die Unfall-Meldestellen sind im letzten Viertel 1894 zur Aufgabe von 4229 Unfallmeldungen benutzt worden; von diesen sind 3209 durch Erkrankungen von Menschen, 70 aus Anlaß von Vieherkrankungen, 96 wegen Feuerkatastrophen, 22 wegen Wassergefahr und 129 aus sonstigen Anlässen nöthig geworden. Es sind also täglich im Durchschnitt 46 Unfallmeldungen telegraphisch befördert worden.

Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich war 1894 einen Rückgang gegen das Vorjahr auf. Schon damals war ein bedeutender Rückgang gegen 1892 festzustellen; nämlich 168,272 Auswanderer über deutsche Häfen gegen 241,595 im Jahre 1892. Im Jahre 1894 aber wurden über deutsche Häfen nur befördert 86,326 Personen, und zwar 47,499 über Bremen und 38,827 über Hamburg. Die große Mehrzahl der Auswanderer ging nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika, nämlich 75,094. Unter den Auswanderern waren Deutsche 33,566, davon 17,581 männlich und 15,985 weiblich. Der Rückgang der Auswanderung ist zum größten Theil die Folge der Geschäftskrisis in den Vereinigten Staaten gewesen. In Hamburg hat noch immer die Choleraepidemie von 1892 ihre Nachwirkungen ausgeübt, zumal in Folge der langen fortgesetzten Sperre der preussischen Grenze gegen die russischen Auswanderer der Auswandererstrom von Hamburg sowie den übrigen deutschen Häfen zum großen Theil abgelenkt und seitdem die Route über Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen bevorzugt worden ist. Es wird in dem amtlichen Bericht betont, daß diese Ableitung gesundheitlich für Deutschland gar keinen Vortheil mit sich bringe, da sehr viele russische Auswanderer nach den ausländischen Häfen ihren Weg über deutsche Gebiete nahmen. Um den so entstandenen Mängeln zu begegnen und einen geregelten Auswandererverkehr zu bewerkstelligen, hat der Norddeutsche Lloyd und die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft Controlstationen an den russischen Grenzübergängen errichtet, die für gesundheitliche Ueberwachung der Auswanderer Sorge tragen.

Verantwortlicher Redacteur: E. Neufuß; — Redaction: Neue Graupenstraße 5.6; — für den Inseratenthail: E. Zahn; — Expedition: Neue Graupenstraße 5.6; — Verlag von E. Schütz & Co.; — Druck von Th. Schatzky; — sammtlich in Breslau.

**Hierzu eine Beilage.**

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“).

50. Sitzung vom 2. März, 1 Uhr.

Die Berathung des Etats der Reichsmarine wird fortgesetzt bei den einmaligen Ausgaben Kapitel 6, Titel 10 „Zur Herstellung von Torpedobooten 1 Rate 2,400,000 Mark.“

Der Referent Dr. Lieber (Centr.) beantragt Namens der Budget-Commission diese 2,400,000 Mark zu streichen. Staatssecretär Hollmann befürwortet die Bewilligung. Um die Torpedostifte auf der Höhe ihrer Leistungsfähigkeit zu erhalten sei die Herstellung einer weiteren Serie von 8 Ersatztorpedobooten nothwendig. Die jetzigen Boote seien in der Technik zumeist veraltet, namentlich in Bezug auf die Geschwindigkeit. Die gesammten Herstellungskosten seien auf 3,976,000 Mk. veranschlagt.

Das Haus lehnt ohne weitere Debatte gemäß dem Beschlusse der Budgetcommission die Bewilligung ab.

Titel 11 verlangt die Bewilligung von 1,640,000 Mk. „Zur Erneuerung von Maschine und Kesseln der Schiffe der Sachsentklasse, 1. Rate.“

Die Commission schlägt vor, die Summe zu bewilligen aber zu sagen: „Zur Erneuerung der Maschine und Kesseln der Schiffe der Sachsentklasse 1 Rate.“

Das Haus beschließt dem Antrag der Commission gemäß.

Die Titel 12–37 werden darauf ohne Debatte bewilligt.

In Titel 38 werden 650,000 Mark zur Vergrößerung der Kohlenlager 1. Rate verlangt. Die Commission hat von dieser Summe 250,000 Mark gestrichen.

Das Haus beschließt dem Antrage der Budgetcommission gemäß.

Der Rest der einmaligen Ausgaben wird bewilligt.

Es folgt die Berathung des „Außerordentlichen Etats.“

Bei Titel 6 beantragt die Budgetcommission, die Summe von 1,000,000 Mark zum Bau eines großen Trockendocks auf der Werft zu Kiel, 2. Rate (1. Bau-rate) zu streichen, und zwar, wie Dr. Lieber (Centr.) in seinem Referat hervorhebt, in Rücksicht auf die Herstellung des Gleichgewichts zwischen Ein- und Ausgaben im Reichshaushalt.

Staatssecretär Hollmann erkennt zwar die finanzielle Nothlage an, bittet aber doch um Bewilligung der Summe. Er wisse zwar, daß seinem Wunsche nicht gewillfahrt würde, er möchte aber bitten, daß in diesem Falle „aufgehoben“ nicht „aufgehoben“ bedeuten möge.

Abg. Zebesen (natl.) tritt ebenfalls für die Bewilligung ein.

Das Haus beschließt dem Antrage der Commission gemäß.

Als Zuschuß zu den einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat werden im Titel 8 3,334,100 Mk. ausgeworfen, 1,532,000 Mk. mehr wie im Vorjahre.

Abg. Müller-Fulda (Centr.) beantragt die Erhöhung dieses Betrages um 1700 Mk. und die Deckung eines Theilbetrages davon in Höhe von 1,200,000 Mk. aus den vorhandenen Anleihebeständen.

Nach einer längeren Debatte, an der sich die Abgeordneten Hamacher, Ridert, Richter und der Schatzsecretär Graf Pofadowsky betheiligen, und die sich um das System der Finanzverwaltung dreht, die Kosten der Bauten und Ausgaben für Kriegsmaterial aus den laufenden Mitteln und nicht, wie es früher üblich war, aus den Anleihebeträgen zu decken, wird der Antrag Müller und mit dieser Veränderung der Titel angenommen.

Ebenso werden die übrigen Titel und der Einnahme-Etat debattelos genehmigt.

Damit ist der Marine-Etat erledigt.

Es folgt die zweite Berathung des Militär-Etats.

Hierzu liegt zunächst folgender Antrag der Abgeordneten Auer (Soc.) und Genossen vor.

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeres-Organisation in eine Miliz-Wehrordnung angebahnt wird.

Das Wort erhält

Abg. Liebknecht (Soc.): Der Antrag, der Ihnen hier vorliegt und der schon im vorigen Jahre von uns angekündigt worden, ist nicht ein Product der Laune, ist auch nicht demagogischen Rücksichten entsprungen; im Gegentheil, es ist das Gefühl der Pflicht, welches meine Partei, die seit dem Bestehen diese Forderung, welche in dem Antrag zum Ausdruck gebracht ist, dazu bewogen hat, den Antrag zu stellen! Man könnte ja sagen, es sei kein Grund im Augenblick dafür vorhanden, es liege keine brennende Frage vor, aber wenn auch keine brennende Frage vorliegt, brennt das Feuer doch, welches die Unzufriedenheit schürt und welches aus Zuständen, die wir hier treffen wollen, entsteht. Das deutsche Volk hat unter dem Druck des Militarismus mit einer Mehrheit von einer Million sich gegen die Vermehrung der Militärlasten ausgesprochen, es wurde klar, daß die Unzufriedenheit im Volke wesentlich aus dem Druck des Militarismus entsprungen ist. In England sprach zu derselben Zeit, am 16. Juni 1893, der größte und erfahrendste der lebenden Staatsmänner, Gladstone, das Wort aus: „Der Militarismus ist ein fürchterlicher Fluch für die Civilisation.“ Wir kennen die Lasten die uns der Militarismus auferlegt. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, in denen die Regierung sich befindet, stehen wesentlich in Verbindung mit dem Militarismus. Das Suchen nach neuen Steuern, um die Kosten der Militäraufträge zu decken, dauert schon seit 14 Jahren und hat bis heute noch zu keinem Resultat geführt. Die Steuerlast für militärische Zwecke ist bei uns auf das Meiste angepackt. Und ebenso geht es den anderen Ländern. Was nun unsere Forderung selbst betrifft, so ist sie uralt. Wir haben sie schon Anfang der siebziger Jahre vertreten. Unser Grundsatz ist, daß das ganze Volk in Waffen stehen muß und soweit es dazu fähig ist, auch wehrhaft gemacht wird. Das ist bloß möglich in dem sogenannten Milizsystem, wie es jetzt ja am besten in der Schweiz verwirklicht ist. Von dem Momente an, wo wir den Antrag angekündigt haben, ist er in der officiellen Presse angegriffen worden. Man hat gesagt, es sei ein Wahnsinn, jetzt an die Entwaffnung denken, Deutschland wehrlos machen zu wollen, wo ja die Welt in Waffen starre. Der Wortlaut unseres Antrages beweist Ihnen schon, daß es uns niemals eingefallen ist, unser Land wehrlos zu machen; so lange die gegenwärtige Lage besteht, kann eine Entwaffnung nicht stattfinden. Es ist also ein Uebergang nothwendig aus dem jetzigen System zum System der Miliz und es ist selbstverständlich, daß eine Maßregel von solchen Dimensionen nicht durchzuführen ist ohne internationale Abmachungen. Wir wissen, daß eine Nation von der andern abhängig ist; daran haben auch unsere Freunde in andern Ländern gedacht. In Frankreich ist schon vor anderthalb Jahren von unseren dortigen Freunden ein genau ausgearbeiteter Antrag in derselben Richtung der Kammer unterbreitet worden. Weil wir wissen, daß für diese Frage ungeheure Detailkenntnisse nöthig sind, Kenntnisse wie sie nicht einer einzelnen Person, sondern nur einer Regierung zu Gebote stehen, haben wir den Antrag in der Weise gestellt, daß der Reichstag die Reichsregierung auffordern soll, einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher die Umgestaltung des Heeres anbahnt. Unsere französischen Genossen sind durch den Chauvinismus der Majorität der Kammer verhindert worden, ihren Antrag zu begründen, sie werden aber bei der Budget-Debatte den Antrag einbringen und dieselben Forderungen wie wir an die französische Regierung stellen. Ich kenne die französischen

Verhältnisse und weiß, daß der Gedanke der Umgestaltung in dem Sinne, daß mit dem System des stehenden Heeres gebrochen wird, in Frankreich mindestens ebenso in die Volkstreife gebrungen ist, wie in Deutschland und daß wir in Frankreich auf eine starke Stimmung in allen Volkstreifen und besonders unter der gesammten Arbeiterklasse zu Gunsten einer derartigen Umgestaltung rechnen können. Wir machen uns natürlich hinsichtlich des Schicksals unseres Antrages keine Illusionen, aber es ist nothwendig, daß die Frage einmal so scharf vor das deutsche Volk gebracht wird. Kommen wir heute nicht durch, werden wir wiederkommen und wir werden immer mehr Stimmung im Volke für unsern Antrag hinter uns haben. Redner giebt nun eine Vergleichung des Milizsystems mit dem System des stehenden Heeres. Was das Milizsystem besonders auszeichnet, ist, daß es eine weit größere Wehrmacht ergibt und zwar zu einem weit billigerem Preise als bei dem heute bestehenden System im stehenden Heere. Nach dem Schweizer Milizsystem muß jeder wehrfähige Mann vom 20. bis zum 44. Jahre seiner Dienstpflicht genügen, die ersten 12 Jahre im sogenannten Auszug, die letzten 12 Jahre in der Landwehr. Eigentlich beginnt der Dienst in der Schweiz aber schon in dem 10. Jahre. Die Jugend- und Wehrerziehung ist dort der nationalen Wehrkraft dienlich gemacht worden. Der Unterricht in den Schulen ist ein solcher, wie er von Fichte vor den Freiheitskriegen gegen Napoleon gefordert wurde, nämlich eine nationale Erziehung zur Wehrhaftigkeit. Die Knaben erhalten Armbrüste und machen Exercitübungen und zwar mit größter Freude und Lust. So kurz die Zeit der Ausbildung an sich ist, sie reicht doch aus und wenn wir sehen, welche Schwierigkeiten unsere Rekruten zu überwinden haben, so können wir einsehen, was bei uns geleistet werden könnte, wenn wir in ähnlicher Weise wie die Schweizer den militärischen Unterricht mit dem Schulunterricht verbunden hätten. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen und bin darin von Sachverständigen bestärkt worden, daß alles, was jetzt in den Kasernen gelernt werden muß, auf diese Weise gelernt werden kann und daß neun Zehntel der Zeit, welche bei der zweijährigen Dienstzeit verbraucht wird, erspart werden könnte durch eine körperliche Vorbildung in der Schule. — Es ist selbstverständlich, daß ein Stamm von militär-technisch sachmäßig ausgebildeten Offizieren und Unteroffizieren besteht, für diese sind besondere Schulen vorhanden. Aber die Zahl der eigentlichen Offiziere ist doch nicht so groß, daß aus ihnen ein besonderer Stand werden kann. Zwei Stände, einen Militär- und einen Civilstand giebt es eben in der Schweiz nicht. Jeder Bürger ist Soldat und jeder Soldat Bürger. Die Schweiz hat 3 Millionen Einwohner, Deutschland also 17 Mal soviel. Wir brauchen bei einem Vergleich die Zahl nur mit 17 zu multipliciren. Der erste Wehrzug, d. h. die Mannschaft von 20 bis 32 Jahren, besteht in der Schweiz aus 123,000 Mann, das würde für Deutschland 2,091,000 Mann ergeben. Die Landwehr beträgt in der Schweiz 80,000 Mann, das sind für uns 1,360,000 Mann. Dann hat die Schweiz den Landsturm in Stärke von 295,000 Mann, das sind für uns 5,015,000 Mann. Wir würden also mehr als 8 Mill. Streitkräfte haben. Was die Kosten anlangt, so beträgt das durchschnittliche Militärbudget in der Schweiz 25 Millionen Francs gleich 20 Millionen Mark mit 17 multiplicirt für uns also 340 Millionen, was um 160 Millionen weniger ist als unser jetziges Militärbudget, bei dem wir nur die Hälfte der wehrfähigen Mannschaften stellen könnten als dies in der Schweiz der Fall ist. Man könnte einwenden, das schweizer Heer sei nicht so tüchtig wie das unsrige (Zuruf rechts, das stimmt). Das stimmt aber nicht. Die Schweizer sind von jeher militäertüchtig, sie hatten z. B. nach der mittelalterlichen Ritterkriegsführung die erste Infanterieorganisation, die Schweizer können sich, was Schieß- und Marschübungen anlangt, getroßt mit uns messen. Die Militärtüchtigkeit des Schweizer kann ehrlicher Weise nicht bestritten werden, außer von solchen, die da glauben, daß in dem sogenannten militärischen Geiste in dem absolut blinder

## Literatur.

Socialismus und moderne Wissenschaft. (Darwin-Spencer-Mary) von Professor Enrico Ferri, Mitglied der italienischen Deputirtenkammer, übersetzt und ergänzt von Dr. Hans Kurella. XI und 169 S. Leipzig, Wigand 1895. — Mk. 1.50.

Unser Landsmann, der Irrenarzt an der schlesischen Provinzial-Irrenanstalt in Briesg, Dr. Hans Kurella, der sich bereits seit Jahren durch tüchtige wissenschaftliche Leistungen einen Namen erworben hat, hat uns hier das neueste Werk des italienischen Gelehrten und Socialisten Ferri verdeutschelt, das, man mag über seinen Grundhalt denken wie man will, jedenfalls eine tüchtige wissenschaftliche Leistung ist, die manchem, der bisher vom Socialismus nichts oder nichts Rechtes wußte, die Augen öffnen oder doch wenigstens viele Aretungen geben wird. Besonders in unseren gebildeten Kreisen dürfte diese neue literarische Erscheinung Aufsehen erregen, wenn nicht wieder die alte Tactik einer guten socialistischen Schrift gegenüber angewandt wird: das Todtschweigen seitens der bürgerlichen Presse.

Dem Einwande, daß der Socialismus total unwissenschaftlich sei und schon deshalb verworfen werden müsse, begegnet man heute nur noch bei garz unheil-

baren Gegnern à la Eugen Richter und den bornirten Schlot- und Krautjunkern, von deren Verstande man nun einmal keine Einsicht in ein wissenschaftliches Lehrgebäude verlangen darf. Je mehr sich wissenschaftlich gebildete Geaner mit Mary-Engels Theorie beschäftigen, desto klarer wird es, daß, wenn überhaupt etwas, so Mary „Capital“ und seine und seines Freundes Engels sonstigen Leistungen wissenschaftliche Thaten ersten Ranges sind, und daß die vorurtheilslos gefundenen Resultate wissenschaftlicher Forschung immer wieder für die socialistischen Theorien sprechen. Praktisch zeigt sich das jetzt im „Kampfe gegen den Umsturz“ darin, daß man nicht nur den offenen Socialdemokraten, sondern auch allen sonstigen Männern, die im parteilosen Dienste der Wahrheit und der Wissenschaft arbeiten, den Maulkorb anlegen will.

Die Wissenschaftlichkeit des Socialismus brauchte daher nicht erst erwiesen zu werden. Ferri hat sich die Aufgabe gestellt, zu beweisen, daß zwischen dem Socialismus Maryistischer Richtung und der philosophischen und naturwissenschaftlichen Entwicklungslehre ein tiefer innerer Zusammenhang besteht, daß Mary Socialismus die Weiterführung der Entwicklungslehre auf dem Gebiete der politischen Oekonomie darstellt und der Arzt Darwin, der Philosoph Spencer und der Socialist Mary das glänzende Dreigestirn unseres wissenschaftlichen Denkens sind.

\*) Dr. Kurella ist der Verfasser der „Naturgeschichte des Verbrechens“ und der Uebersetzer der wichtigen anthropologischen Werke des Turiner Professors Cesare Lombroso und des Dr. Havelock Ellis.

Ob Ferri seine Aufgabe wirklich gelöst hat, kann zweifelhaft sein; jedenfalls aber hat er die von naturwissenschaftlicher Seite oft gemachten Einwendungen,

gerade die Entwicklungslehre Darwins und ihre Konsequenzen zeuge gegen den Socialismus, zum Theil glänzend widerlegt. Er hat den Beweis erbracht, daß die Resultate der Denkarbeit Mary und der Darwins und seiner Nachfolger und Erweiterer einander durchaus nicht entgegenstehen, und er hat damit einen neuen Beweis für die Kritikfertigkeit des modernen wissenschaftlichen Socialismus erbracht.

Das Buch selbst, dessen reichen Inhalt wir auch nicht annähernd wiedergeben können, ist entstanden aus einer Rede, die der Verfasser am 1. Mai 1893 in Mailand gehalten hat. Ferri war bis vor etwa einem halben Jahre Professor in Pisa. Wegen seiner socialistischen Gesinnung wurde er durch raffinirte Künste der juristischen Facultät in Pisa aus seiner dortigen Professur verdrängt. Einige ergänzende Notizen rühren vom Uebersetzer her, der mit einer Widerlegung des Buches des Freiburger Professors R. E. Biegler „Die Naturwissenschaft und die socialdemokratische Theorie, ihr Verhältnis dargelegt auf Grund der Werke von Darwin und Bebel, zugleich ein Beitrag zur wissenschaftlichen Kritik der jetzigen Socialdemokratie“ (Stuttgart 1894) beschäftigt war, die Vollendung seiner Arbeit aber beim Erscheinen des Ferri'schen Buches unterließ. Biegler's „Widerlegung“ hatte sich nur gegen Bebel, nicht gegen den Socialismus überhaupt, gewandt; ein deutscher Professor hatte es also fertig gebracht, Bebel's Buch über die Frau für den Inbegriff der socialistischen Theorie zu halten. Vor allem hatte sich Biegler mit der Morgan'schen Lehre von der Urgeschichte

und mechanischen Gehorsam die Lichtigkeit eines Heeres liege. Wir sind der gegenwärtigen Ansicht, wir haben ge-  
funden, daß alle die Heere, in denen der militärische Geist  
auf die Spitze getrieben wurde, besiegt worden sind, von  
Heeren, die nicht diesen militärischen Geist gehabt haben.

hochgestellten Schweizer Männern darüber unterrichtet. Der  
größte Theil aller Mißhandlungen, die Nothheiten des  
Kasernenhofes und des Exerzirplatzes entstehen bei uns durch  
die Ungeheuerlichkeit der Leute bei den einfachsten Körper-  
übungen, die jeder Turner spielend macht. (Sehr richtig  
links.) In der Schweiz wird die Jugend viel mehr im  
Turnen geübt. Das schweizerische Beschwerderecht des  
Soldaten ist besser als das unsere. Unser Beschwerderecht aber,  
gleich der Prekarität mit dem Soldaten dahinter, wie sie die  
Rechte versteht, ist das Beschwerderecht mit Festung oder  
Gefängnis, wenn man sich falsch beschwert. Aller-  
dings ist auch das schweizerische Beschwerderecht reform-  
bedürftig. Ein Schweizer schreibt mir darüber ... Glück-  
licherweise üben die demokratischen bürgerlichen Einrichtungen  
doch praktisch ihren Einfluß auf die militärischen Verhältnisse  
aus. Die Dienzeit ist kurz genug, um Soldaten und  
Offiziere ihre bürgerliche Stellung nicht vergessen zu lassen.  
Zu dem kommt die Kontrolle der Presse und der öffentlichen  
Meinung und der alleanische Trost. Körperliche Miß-  
handlungen durch Schläge kommen bei uns gar nicht vor.  
(Hört! hört! links.) Wir haben eben keine Unteroffiziere als  
Berufssoldaten, sondern nur einen verhältnißmäßig kleinen  
Theil von Instruktionen-Offizieren, die Berufssoldaten sind  
und über einen gewissen Grad von Bildung verfügen  
müssen ... Die truppenführenden Offiziere aber ent-  
scheiden in der Regel der gleichen Gegend wie die Mann-  
schaft und leben den größten Theil der Zeit mit ihr in den  
gleichen bürgerlichen Verhältnissen. Theils bekleiden sie auch  
Wahlämter und dürfen es wegen ihrer Wiederwahl nicht mit  
den Leuten verderben. Die Mannschaften sind ganz nach  
Vandesgegenden in Bataillone eingetheilt, so daß ein gutes  
Kameradchaftsverhältnis existirt und man einander nichts  
geheißt läßt. Dazu ist die Verlegung eine gute ...  
Groniamer Disziplinartrofen haben wir überhaupt nicht ...  
Unvorne junge Leute sind während der Dienzeit meist guten  
Muthes ... Das ist ein Pech aus dem freien Lande, wo  
es ein Milizsystem giebt, wo der Grund unseres Militarismus,  
die Mißhandlungen, gar nicht vorhanden sind. (Sehr richtig!  
bei den Socialdemokraten.) Auf Grund der Organisation  
des Schweizer Militärs ist es sehr leicht möglich, einen  
Plan auch für Deutschland zu entwerfen, wenn wir der  
Wille voran zu setzen. Wir machen uns keine Illusionen  
über das Schicksal unseres Antrages. Er wird hier verworfen  
werden, wir aber werden ihn im Volk weiter vertreten,  
das ihm begeistert zustimmt. Bisher die Seiten des mili-  
tärismus zuzunehmen, desto größere Zuwachse wird er ge-  
winnen. Und diese Löhne werden zu steigern versucht  
werden. Schon jetzt heißt es, daß die Armee nicht ausreicht  
für den Krieg mit zwei Fronten. Wann wird die nächste  
neue Militärvorlage kommen? Aber mit ihr wird auch die  
Unzufriedenheit wachsen. Es sind gar wunderbare Zeichen  
der Zeit, wenn aus militärischen Kreisen ein Buch erscheinen  
kann, wie das des Herrn v. Jagowitsch, in dem offen der  
Friede in die Welt gepredigt wird. (Hört! hört! links.) Das  
Heil des Reiches" brachten die Herren als ihr eigenes  
Heil, als das Heil des Kaiserthums, als das Heil aller  
reactionären und ausbeutenden Parteien. (Lachen rechts.)  
Oftens wird verlangt, man soll sich bei diesem Staatsreich  
auf's Militärische legen. Was heißt das? Daß das Militärische  
noch im Dienst des Volkes und des Vaterlandes steht?  
Nein! das heißt, es steht im Dienst der Regierung, der herr-  
schenden Parteien. Sie haben Angst vor dem Socialismus,  
sich würden Sie auch die Umkleungsfrage nicht gemacht  
haben. (Lachen rechts.) In ihrer berechtigten Angst wollen  
Sie durch das Umkleungsgeiz die Militär auf den Militärisch  
legen. Die Armer soll gegen das Volk gebracht werden.  
Wer die Armer gegen das Volk gebracht wird, muß sie  
mehr und mehr loslösen vom Volk. (Sehr richtig links.)  
Da muß man mit zwingender Logik dazu kommen, nämlich  
ein Berufswort zu wählen. Wir brauchen im Pratorianer-  
thum hinein. (Lachen rechts.) Und wenn man hier nicht die  
Soldaten dazu haben, heißt man ein Ende nach Schmeiß  
an. (Hört! hört!) Wir haben ebenfalls von der Wahl-  
Pratorianerthum der Miliz. Wir wollen das Milizrecht  
und deshalb haben wir unseren Antrag gestellt. (Lachen und  
Lachen rechts.) (Hört! hört! links.)  
Abg. P. Baumgartel (Ergänzung frei-kont.).  
Die ganzen Verbindungen der Socialdemokratie auf Gr-

richtung einer Volkswehr sind darauf gerichtet, mit diesem  
Mittel die politische Macht zu erringen. Das werden wir  
uns natürlich nicht gefallen lassen. Soweit Redner Volks-  
wehren kennen gelernt hat, waren ihre Leistungen wenig zu-  
friedenstellend. In welchen Abgrund eine Volkswehr ge-  
rathen könnte, habe die Pariser Commune gezeigt, wo sich  
die Miliz in eine Bande von raubenden, mordenden,  
flegenden Weutern verwandelt habe. Zudem sei der  
Nationalcharakter der Deutschen ein offenkundiger (Lachen links),  
der sich nicht bloß, wie die Liebknecht wolle, auf die Defensibe  
beschränken lasse. Für die körperliche Erziehung der  
Jugend werde schon jetzt durch den Turnunterricht überall  
genügend gesorgt. Möge das deutsche Heer so bleiben, wie  
es jetzt ist. (Beifall rechts.)

Abg. Rickett (frei-kont.). Ueber das Prä-  
torianerthum und die Staatsreiche planenden Generale  
werde ich mich mit dem Abg. Liebknecht nicht unterhalten. Das  
gehört nicht hierher. Die Pläne der Herren Liebknecht und  
Genossen sind nur so lange gefährlich, wie sie im Dunkeln  
sind. Je genauer die Arbeiter die Ideen der Herren in ihren Einzel-  
heiten kennen lernen, desto eher werden sie sich von ihnen  
abwenden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Rasch  
können wir die Sache nicht erledigen. Es haben ja Kollegen  
zu mir gesagt: In fünf Minuten ist die Sache abgemacht.  
Wir stimmen ab, die Socialdemokraten sind allein dafür,  
und wir brauchen uns nicht dabei anzuhalten. Nein, so geht  
es nicht. Wir müssen die Dinge ausführlich erörtern.  
Die Zahlenangaben des Abg. Liebknecht waren zunächst un-  
richtig, so weit sie sich auf die falschen Zahlenangaben des  
französischen Budgetberichterstatters Noche stützten. Frank-  
reich will noch immer den Revanchekrieg in dem Augenblick,  
wo es des Sieges gewiß ist. Darin ist das ganze französische  
Parlament vielleicht mit Ausnahme der Socialdemokratie  
einig. (Sehr wahr! rechts.) Lassen Sie mich einen Augen-  
blick nach der Schweiz gehen. (Lebhafte Zustimmung bei  
den Socialdemokraten. Große Heiterkeit.) Das Milizsystem  
der Schweiz ist verhältnißmäßig theurer, wie unser System.  
Hervorragende schweizer Militärs sagen, daß die schweizer  
Armee nicht selbständig sei. Der jetzige Zustand wird als  
unhaltbar bezeichnet. Ueber den „Militärselbst" und die  
„Säbelrasier", über den Militarismus überhaupt wird in  
der Schweiz genau so gesagt, wie anderswo. Auch in der  
Schweiz kommen Mißhandlungen beim Militär vor. Wo  
liegen die Vorzüge des Milizsystems? Sie sind in Wirk-  
lichkeit nicht vorhanden. Um in Deutschland 8 1/2 Millionen  
Männer in der Volksmiliz auszubilden, ist doch mindestens  
ein fester Stamm von 150.000 Offizieren und Unteroffizieren  
nöthig. Das wird (zum Kriegsminister gewendet) wohl un-  
gefähr stimmen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ja,  
meine Herren, (zu den Socialdemokraten) ich verstehe davon  
nichts, aber Sie verstehen doch auch nicht mehr. (Große  
Heiterkeit.) Redner sucht nachzuweisen, daß die Kosten  
eines Milizheeres für Deutschland viel höher sein würden,  
als der jetzige Militär-Etat. — Das Volk würde  
am Milizsystem zu Grunde gehen. Es würde das Leben  
unserer Söhne bedrohen, die zum Kanonen- und Gewehr-  
futter werden würden. Im Ernstfalle ist nur eine tüchtige  
Armee eine Schutzwehr. Ich werde jetzt gegen einen solchen  
Antrag stimmen. Und wenn die Herren wieder mit ihm  
kommen, müssen wir sie schon bitten, mit genau ausgearbe-  
iteten Plänen zu erscheinen. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. P. Poddieleski (kont.): Auf das Gebiet der  
auswärtigen Politik folge ich dem Abgeordneten Liebknecht  
nicht. Da bin ich ich nicht gewachsen, dem im Zukunfts-  
haat das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten sicher  
ist. (Heiterkeit.) Das Milizsystem für Deutschland ist eine  
Utopie. Es würde viel theurer sein, als das jetzige, zu einem  
ganz anderen Ansehen der Steuerzahler führen. Wo  
wollen Sie für die Milizcavallerie nur die nöthigen Pferde  
hernehmen? Da werden Sie wohl zu Dörsen und Eßeln  
zurückgreifen müssen, um die Milizcavallerie beritten zu  
machen. (Heiterkeit.) Zu den „Abgaben für den Militaris-  
mus" rechnete der Abgeordnete Liebknecht auch die Liebes-  
gaben der Ködinnen für die Grenadiere — wie ich hoffe,  
schliege er die Nysaren nicht aus. (Heiterkeit.) Sollte denn  
wirklich im zukünftigen Milizheer der Sinn der männlichen  
Jugend für das Erhabene, Edle und Schöne (große  
Heiterkeit) weniger entwickelt sein, als heute? Sollte

der Familie und der Ehe beschäftigt, obwohl sie mit  
dem Socialismus als solchem wenig zu thun hat.

Der Streit unter den Naturwissenschaftlern und  
Socialisten darüber, ob der Darwinismus dem Socia-  
lismus widerspreche oder nicht, hat seit der Ver-  
sammlung der Naturforscher und Ärzte des Jahres 1877  
in München. Dort hielt der bekannte Jenerer gottes-  
gläubige Biologe und Bismarckambulator Häckel einen  
Vortrag, indem er den Darwinismus verteidigt. Darwin,  
wissenschaftlich und politisch kein Fortschrittler — denn  
unser Fortschrittlert verdienen diesen Namen nicht und  
haben ihn ja auch längst abgelegt — sprach darauf  
gegen den Darwinismus. Der Hauptgrund in Häckel's  
Rede war der von keinem „wissenschaftlichen“ Denken  
zeugende Satz: „Der Darwinismus führt unmittelbar  
zum Socialismus“.

Seine Gegner aber vertraten, und zunächst mit  
viel Glück, die gegenwärtige Meinung: der Darwinismus  
widerlegt den Socialismus. Diese „Widerlegung“  
wurde nach dem bekannten Recepte gemacht: man  
construirte einige socialistische Sätze nach seinen eigenen  
Ansichten, sodas sie gar nicht mehr als socialistisch  
gelten konnten und bekämpfte dann diese; eine denotrige  
Widerlegung ist zwar leicht, aber weder ethisch noch  
wissenschaftlich.

Ferris hat zu zeigen versucht, daß der Darwinis-  
mus nicht nur kein Gegners zum Socialismus sei,  
sondern geradezu eine der grundlegenden wissenschaft-  
lichen Unterlagen des Socialismus. Nach ihm ist der  
Socialismus ein Theil der logischen und natürlichen

Development des Darwinismus und ein Zwillingenbrüder  
der Entdeckungslehre Spencers.

Doch, wie schon angegeben, man beendete sich in  
einer Parierheit des Reichthums, man man den In-  
halt des Ferris'schen Buches ergaben sollte. Die ver-  
schiedensten Führer und neueren Einwände gegen den  
Socialismus werden spielerisch und glänzend zurückgewiesen.  
Die Ausführungen sind streng wissenschaftlich, aber  
untercheiden sich von denen anderer deutscher Gelehrten  
durch Klarheit und Einfachheit. Auch von Selbstkritik  
ist nichts zu merken, ohne das eine der Vorträger in  
den Ton so mancher Nichtsozialisten verfallen wäre.

Gerade Italien mit seiner eigenartigen Entwic-  
kung des Capitalismus, über die wir einige werthvolle  
Beiträge von dem jüngeren Professor Werner Sombart  
haben, sind Deutschland in der Entwicklung des Socia-  
lismus nächst nach Ferris Buch in ein neues Beweiss  
befähigt.

- Zu Uebrigem verweisen wir auf das Buch selbst,  
die folgenden Kapitelüberschriften zeigen die Reichhaltig-  
keit und Wichtigkeit der behandelten Fragen:  
1. Darwin und Häckel über die politische Bedeu-  
tung des Darwinismus. 2. Die Ungleichheit der  
Menschen. 3. Die Opfer des Kampfes ums Dasein.  
4. Das Ueberleben der Best-Gezogenen. 5. Der  
Socialismus und der religiöse Glaube. 6. Das Indi-  
viduum und die Art. 7. Der Kampf ums Dasein und  
der Klassenkampf. 8. Die Nationalökonomie und der  
Socialismus in der Geschichte der Entwicklung. 9. Das  
Gezetz des ansteigenden Reichthums und des Collectiv-

eigentum. 10. Die sociale Entwicklung und die indi-  
viduelle Freiheit. 11. Entwicklung, Revolution und  
Umsturz. Socialismus und Anarchismus. 12. Der  
totale Punkt der Sociologie. 13. Marx als Ergänzer  
von Spencer und Darwin. Coöperative und Socia-  
listen.

Dr. Aurella ist übrigens, um das noch nachzu-  
tragen, nicht eigentlich Socialdemokrat. Hierbei fällt  
vielleicht weniger ins Gewicht, daß er an Debels Frau  
manchelei auszusetzen hat, als der Umstand, daß er  
meint, die Diktatur des Proletariats, durch die hin-  
durch die Socialdemokratie zur Befreiung der Mensch-  
heit von aller Knechtschaft zu gelangen hofft, sei nöthig;  
auch ohne diese sei das Reich socialer Gerechtigkeit  
denkbar.

Was wird Crispi, der He Romba und Gläubiger  
der Barca Romana, sagen, wenn er sieht und hört,  
daß er durch seine wüthenden Verfolgungen den Socia-  
lismus nicht zu tödten vermag? W.

Zur Märzfeier dieses Jahres erschien soeben in zweiter,  
heller angelegter Auflage: H. Liebknecht, „Zum  
18. März und Verwandtes“. Dieses Schriftchen, welches  
bei seiner ersten Erscheinung vor 2 Jahren die freundlichste  
Aufnahme fand, wird auch jetzt willkommen sein. Es behandelt  
in gedrängter Kürze, aber doch übersichtlich, die Märzereignisse  
der Revolution im Jahre 1848 und der Pariser Commune  
vom Jahre 1871. Der billige Preis, 20 Pfennig, ermöglicht  
jedem die Anschaffung dieser interessanten Broschüre.

Zauber der Poesie und der Beständigkeit (Große Heiterkeit) aus dem Leben des jungen Kriegers schwinden im Militär bei der kurzen Dienstzeit? Werden da dauernde Kenntnisse noch möglich sein. (Große Heiterkeit.) Das Militär kann leicht zur Flatterhaftigkeit verführen. Der Abordnete Rückert hat nachgewiesen, daß das Militärsystem ebenbürtiger zum mindesten ist, wie das jetzige. Die Socialdemokratie will es, weil es zur Massenherrschaft, der schrecklichsten der Herrschaft, führt. Ungenehm hat es uns berührt, die Gleichheit, der Vertreter der internationalen Socialdemokratie, so warm für die nationale Erziehung der Jugend Wehrhaftigkeit eingetreten ist. — Als alter Soldat sage ich Ihnen: Das Militärsystem ist bedeutend schlechter, als das jetzige. Jeder Pfennig, den wir dafür ausgeben wollten, wäre weggeworfen. Sie (zu den Socialdemokraten) wollen ein stumpfes Messer geben. Wir aber wollen ein scharfes Schwert in der Hand haben, womit wir unser Vaterland schützen können. (Lebh. Beifall rechts.)  
 Ein Verlagsantrag wird angenommen.  
 Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Tages-Ordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Militäretats.  
 Schluß 5 Uhr.

### Locales.

Breslau, den 4. März 1895.

#### Achtung Gewerkschaften!

Wegen der am 10. März, Vormittags 11 Uhr, stattfindenden Protestversammlung gegen die Tabaksteuer werden die Gewerkschaften und Arbeitervereine ersucht, für diesen Tag keine Versammlung einzuberufen, da es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, in der Protestversammlung zu erscheinen.

\* **Öffentliche Lustbarkeiten.** Das Oberverwaltungsgericht hat vor kurzem bezüglich der polizeilichen Beaufsichtigung der öffentlichen Lustbarkeiten folgende Grundsätze aufgestellt: Eine Lustbarkeit ist nur dann eine nicht öffentliche, wenn die Betheiligung an ihr auf einen individuell bestimmten Kreis von Personen beschränkt ist, insbesondere also dann, wenn sie von einem Privaten ausschließlich für seine Privatgeschäfte oder von einer geschlossenen Gesellschaft für deren Mitglieder oder für besonders eingeführte Gäste veranstaltet worden ist. Eine von einem Verein veranstaltete Lustbarkeit fällt, auch wenn sie lediglich für dessen Mitglieder unter Ausschluß jedes Dritten gestattet ist, keineswegs immer unter den Begriff einer nicht öffentlichen Lustbarkeit, denn durch die Zugehörigkeit zu einem Verein kann zwar ein engerer, durch das innere Band wechselseitiger persönlicher Beziehungen in sich verbundener und nach Außen bestimmt abgeschlossener Personenkreis gebildet werden; ein solcher wird aber durch jenen nicht notwendig und nicht immer gebildet. Vielmehr bleibt im Gebiete des Vereinslebens, insbesondere des politischen, sehr wohl ein Verein denkbar, dessen Mitgliederzahl so groß, dessen Organisation so locker ist und bei dem der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft, an so geringe Voraussetzungen geknüpft und so wechselnd sind, daß von dem Verein nicht mehr gesagt werden kann, seine Mitglieder bildeten einen in sich geschlossenen, bestimmt abgegrenzten Kreis von innerlich unter sich verbundenen Personen. Es ist daher z. B. eine Lustbarkeit, welche von einem Verein veranstaltet wird, dessen Zweck lediglich in der Betheiligung an Lustbarkeiten besteht und dessen Mitgliedschaft von jeder Person ohne Ausnahme lediglich durch Zahlung von geringfügigem Beitrag und ohne jeden weiteren Act von Seiten des Vereins, als der Ausstellung einer Legitimation erworben werden kann, als eine öffentliche anzusehen.

\* **Zahlung der Invalidenrente neben der von der Versicherungsanstalt übernommenen Krankenhausepflege.** Eine Versicherungsanstalt hatte für den Versicherten, welcher die Gewährung einer Invalidenrente beantragt hatte, das Heilverfahren gemäß § 12 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes übernommen, indem sie ihn mit seiner Zustimmung einem Krankenhause überwies. Während der Krankenbehandlung lief das im § 10 des Gesetzes erwähnte Jahr ununterbrochener Erwerbsunfähigkeit ab. Nachdem der Versicherte aus dem Krankenhause entlassen worden war, wo seine Behandlung keinen Erfolg gehabt hatte, bewilligte die Versicherungsanstalt die Rente vom Tage der Entlassung ab. Das Schiedsgericht bestätigte diesen Bescheid. Auf die Revision des Staatscommissars hat das Reichsversicherungsamt durch Revisionsurtheil den Rentenbeginn anderweitig auf den Tag, an welchem das im § 10 a. a. D. bezeichnete Jahr abgelaufen war, festgesetzt, indem es annahm, daß durch Aufnahme des Versicherten in ein Krankenhaus, die Pflicht zur Rentenzahlung gemäß § 10 a. a. D. nicht befreit werde.

\* **Unternehmungsgewinne.** Die beiden hiesigen Verkehrsmittel, Pferdebahn und elektrische Straßenbahn, haben auch im verflohenen Betriebsjahr, allerdings nur den Herren Actionären, einen hohen Gewinn abgeworfen. Die Betriebseinnahmen der letzteren betragen 745,578

Mark. Zur Verfügung der Generalversammlung stehen nach Abzug aller Ausgaben, Abschreibungen etc. im Ganzen 273,419 Mark, von denen nach dem Vorschlage der Verwaltung 8 Procent Dividende, das sind 252,000 Mark zur Vertheilung an die Actionäre gelangen sollen, der Aufsichtsrath soll 13,484 Mark, der Vorstand und Beamte 3500 Mk. Lantilame erhalten. Dagegen beträgt die Summe der Gehälter und Löhne für 210 Personen, die im Dienste der Gesellschaft standen, 202,263 Mark; es kommen also im Durchschnitt auf jeden Angestellten jährlich ungefähr 965 Mark oder etwas mehr wie 80 Mk. pro Monat, wahrlich ein geringer Lohn, wenn man bedenkt, welche anstrengende und verantwortungsvolle Arbeit ein großer Theil der Angestellten der elektrischen Straßenbahn zu leisten hat. — Zur Kennzeichnung der Entwicklung des Unternehmens ist ferner hervorzuheben, daß im Jahre 1894 im Ganzen 7,337,650 Personen, ausschließlich der Abonnenten und der Inhaber von Freikarten, befördert worden sind.

Ebenso hat die Breslauer Straßenbahn-Gesellschaft (Pferdebahn) im Jahre 1894 eine über Erwarten gute Ernte gehabt, auch hier werden, bei reichlichen Abschreibungen, 8 Procent Dividende zur Vertheilung an die Actionäre kommen. Die Betriebs-Einnahme beträgt insgesamt 1,157,757.25 Mark, gegen das Vorjahr mehr 93,996,85 Mark; die Ausgaben haben sich vielfach niedriger gestellt, als bei Beginn des Jahres erwartet wurde. Die Zahl der beförderten Personen beläuft sich auf 10,003,350.

\* **Einen rührenden Akt von „Patriotismus“**, so schreibt man uns, erlebten wir am Sonnabend im Saale der neuen Börse. Ein blinder Pianist gab ein Concert, und es hatten sich so viele Musikfreunde eingefunden, daß Hunderte keine Sitzplätze fanden. Wir sahen, wie alte Frauen, denen das lange Stehen große Qual zu bereiten schien, vergeblich nach einem Sessel oder wenigstens nach einem Stützpunkt umherblickten, und wir wandten uns an solche Personen, die anscheinend im Saale die Aufsicht oder Bedienung führten, wiederholt mit der Bitte, doch noch einige Stühle herbeizuschaffen. Jedesmal war ein bedauerndes Achselzucken die Antwort, und bevor wir unsere Forderung begründen konnten, drängten sich die Herren in geschäftiger Eile davon. Unter der dichten Schaar der stehenden Zuhörer befand sich ein Mitglied der besseren Menschheit, und zwar ein Offizier. Krumm hatte einer der Saalordner die blaue Uniform mit den goldblitzenden Spauletten erblickt, so stürzte er hastig herbei und verkündete mit einer devoten Verbeugung, daß er dem Herrn Hauptmann „augenblicklich“ einen Stuhl besorgen werde. Der Offizier deutete auf zwei junge Damen, die mit ihm gekommen waren, und mit lebhaftem Kopfnicken bohrte sich unser Mann durch die Menge der stehenden Gäste eine Gasse. Schon nach wenigen Sekunden kehrte er mit drei Stühlen zurück, und es war rührend anzuschauen, welche patriotische Verklärung über sein Gesicht ging, als der Herr Hauptmann für sich und seine beiden Damen von den Stühlen Besitz ergriff. So lange das Vaterland solche Söhne hat, kann es ruhig sein.

\* **Berichtigung.** In Sachen des Arbeiter-Turnvereins erteilt Auskunft und nimmt Anmeldungen entgegen: Karl Harf (nicht Scharf), Werberstraße 32 I.

\* **Die freie Religionsgemeinde in Breslau,** gestiftet am 4. März 1845 in der Armenhauskirche, feiert ihr fünfzigjähriges Bestehen in einer besonderen Erbauung Sonntag, den 10. März, Vormittag 9 1/2 Uhr, in ihrer Erbauungshalle, Grünstraße 6.

\* **Elendsstatistik.** In dem Zufluchts-hause Hötchenstraße 52 wurden im Monat Februar aufgenommen 121 Männer, 421 Frauen und 75 Kinder, zusammen 617 Personen, während im Monat Januar zusammen 653 Personen Aufnahme gefunden hatten. Der Durchschnitt pro Tag betrug 22 Personen. Die höchste Zahl wurde am 6. Februar mit 26 Personen, die niedrigste Zahl am 27. Februar mit 18 Personen erreicht. — In der Volkstüche des Asylhauses sind vom 15. December v. J. bis 28. Februar d. J. 80,455 Portionen an die Armen umentgeltlich zur Vertheilung gebracht worden. Außerdem wurden 70 nothleidende Schulkinder mit Frühstück und Mittagessen im Asyl verpflegt.

\* **Im städtischen Armenhause an der Schulbrücke** befanden sich Ende Januar 218 Männer und 122 Frauen (43 Männer und 33 Frauen waren im Januar entlassen worden), in der Abteilung I, Postgasse 7, 60 Männer und 82 Frauen und in der Abteilung II, Schulgasse 13b, 91 Männer und 76 Frauen. Es waren also überhaupt Ende Januar

im Armenhause 369 Männer und 280 Frauen untergebracht.

\* **Der Verbrauch an Wasser** betrug im Januar 849,100 Kubikmeter. Der Bestand an Wasser betrug Anfang Januar 3960 Kubikmeter; im Laufe des Monats wurden 848,931 Kubikmeter gefördert.

\* **Stadt-Theater.** Heute, Montag, gelangt Gounods Oper „Margarethe“, Dienstag Mozarts „Die Hochzeit des Figaro“ zur Aufführung.  
 \* **Robe-Theater.** Montag gelangen „Fernands Checontract“ und „Kronenkeks lustiger Einacter „Die stille Wache“ zur Aufführung.

\* **Concordia-Theater.** Montag fällt die Vorstellung aus, Dienstag geht zum letzten Male die originale Gefangenspost „20,000 Mark Belohnung“ in Scene. Mittwoch werden zum Benefiz für den Komiker Zibale die Operette „Behn Mädchen und kein Mann“ von Suppe und das Lustspiel „Die Hochzeitsreise“ von Benedix aufgeführt.

\* **Unglücksfälle.** Der Arbeiter Ernst Förster stürzte auf der Straße und zog sich einen Bruch des linken Armes zu. Auf ganz ähnliche Weise Verunglückte in Wollschmied der Arbeiter Ernst Grunert, der einen Bruch des rechten Armes davontrug. Beide Verunglückte fanden im Hospital der barmherzigen Brüder Aufnahme. — Am 1. d. Mts., Nachmittags, stürzte auf dem Königsplatz eine Wittwe zu Boden und zog sich eine klaffende Kopfwunde zu. Die Verunglückte wurde in das Allerheiligsten-Hospital geschafft.

\* **Einbruchsdiebstahl.** In der Nacht zum 27. d. Mts. erbrach ein Dieb die Bahnhofsbarriere an der Striegauerweiche und entwendete aus ihr eine kleine hölzerne Wanduhr mit weisem Zifferblatt, zwei Fenstervorhänge ein Paar Handschuhe, zwei Handtücher und Dienstformulare mit dem Aufdruck: Breslau—Oberthor. Dann stieg der Dieb über den Zaun nach dem benachbarten Lauterbach'schen Grundstück und brach in die Bude der Arbeiter ein, wo er sich eine Axt und eine Drechstange eignete und mit dieser die Contorbude zu erschrecken versuchte. Dort widerstand die innen mit Eisen beschlagene Thür, ebenso wie die Eisenstäbe des Fensters; schließlich stieg der Dieb in den über der Contorbude befindlichen Taubenboden und entwendete 6 Paar Tauben, die er an Ort und Stelle tödtete.

\* **Zur Verhaftung gesucht** wird der Haushälter Hübner. Denselben wurden am 27. v. Mts. von seinem Prinzipal auf der Karlstraße 200 Mark übergeben, die er zu einem Kunden tragen sollte. Hübner hat es vorgezogen, mit dem Geld das Weite zu suchen. Er ist 20 Jahre alt, 1,65 m groß, trägt zweifelhafte Jaquet, dunkelblaue, weite Hose und moderefarbenen Filzhut.

\* **Polizeiliche Nachrichten.** In das Polizeigefängnis wurden am 1. März 48 Personen eingeliefert. — **Abhandeln kanten:** 3 Portemonnaies mit 8,65, 9 u. 10 Mk. Inhalt, ein goldenes Medaillon, ein Spartaftenschloß über 6 Mk., ein Damen-Regenschirm. — **Gefunden wurden:** drei Kriegsdentmünzen, ein kleines Verloque, eine Pferdebedeckung und ein halbes Duzend Handtücher.

### Schlesien.

\* **Goldberg, 2. März.** Die Wasserversorgung in hiesiger Stadt ist zum Theil eine recht ungenügende und der Zustand, der sich hieraus mit der Zeit entwickelt, ist völlig unhaltbar. Der Mangel an gutem Gebrauchswasser veranlaßt viele Einwohner, sich des Mühlgrabenwassers zu bedienen. Da dasselbe jedoch einem offenen Flußlauf entflammt, ist es allen zufälligen Verunreinigungen ausgesetzt; und da es unfiltrirt der Stadt zugeführt wird, kann es auch Krankheitserreger enthalten und damit die Ursache für Massenkrankungen werden, wenn es in ungekochtem Zustande zum Abwaschen von Geschirren, die mit Speifen in Berührung kommen, verwendet wird. Eine an den Magistrat gerichtete Petition geht nun dahin, daß die im Jahre 1888 geschaffene Wasserleitung so vervollständigt werde, daß sie jederzeit Wasser in ausreichender Menge und von brauchbarer Beschaffenheit liefert. Es sollen u. a. neue Wasserquellen erhöht und Sicherungen gegen Eintritt der Tagewässer geschaffen und Klärvorrichtungen eingerichtet werden. — Hoffentlich bequemt man sich dazu, die Frage der Wasserversorgung endlich energisch in die Hand zu nehmen, damit die jetzt vorhandenen Uebelstände beseitigt werden.

\* **Freiburg, 2. März.** Eine elektrische Eisenbahn beabsichtigt eine Berliner Eisenbahngesellschaft von Schweidnitz über Kunzendorf, Freiburg, Jarstenstein, Sorgau, Salzbrunn nach Waldenburg anzulegen. Der hiesige Magistrat ist deshalb um Ueberlassung des Stadtbauplanes angegangen worden, resp. wurden Verhandlungen mit demselben eingeleitet. Lang gehegte Wünsche scheinen damit ihrer Verwirklichung näher gerückt zu werden.

\* **Wittauer, 2. März.** Das auf dem Steinerschacht errichtete Wasserhebewerk ist fertiggestellt und liefert ein für die Versorgung unseres Ortes ausreichendes Wasserquantum, das sich durch Klarheit und Reinheit auszeichnet. In den Tagen der großen Kälte find die alten Leitungsröhren auf eine Strecke von etwa 100 Metern eingetroten. Um nicht eine große Anzahl von Bewohnern das nöthige Wasser entbehren zu lassen, wird es nothwendig, auf dieser Straße vorläufig eine Nebenleitung anzulegen.

\* **Lauban, 2. März.** Das „Laub. Tag-bl.“ schreibt: Ein sehr jütlies Begräbniß wurde am 27. Februar einem hiesigen Bahnarbeiter zu Theil. Derselbe war katholisch, hatte aber vor seinem Tode nicht nach den Sterbesacramenten seiner Kirche verlangt. Diese verweigerte ihm deshalb auch die kirchlichen Ehren, die Begleitung des Pfarres, Glockengeläut, Einsegnung der Leiche u. s. w. Auch die Frau des Verstorbenen ist seit einem Jahre zur katholischen Kirche übergetreten. Nunmehr erbte sie die kirchliche Bestattung bei dem evangelischen Pfarramt. Dieses erklärte sich jedoch, in Anbetracht der obwaltenden Umstände, nicht in der Lage, die Bitte zu gewähren. Die Bestattung erfolgte daher ohne jede kirchliche Handlung und zwar mit einer kleinen Bestattung auf dem hiesigen Communal-Friedhofe. — Sicher wird der Herrsdene gut ruhen auch ohne daß ihm die kirchlichen Ehren zu Theil wurden. Der Fall zeigt aber

recht, was man von gewissen „Eeelforgern“ und ihren „christlichen“ Grundfögen zu halten hat. Ein solches Gebahren muß dem Volke die Augen öffnen.

**Einmal, 2. März.** Ein Unglücksfall ereignete sich am 26 d. Mts. in einer hiesigen Tischlerei. Ein Lehrling hatte eine Gasflasche mit Politurspiritus auf die Platte des geheizten Ofens gestellt. Als er dieselbe wegnehmen wollte, plagte die Flasche, der Spiritus entzündete sich und setzte auch die Kleider des Lehrlings sofort in Brand. Derselbe besaß Weisheitsgegenwart genug, sofort hinaus zu laufen und durch Wälzen im Schnee das Feuer zu ersticken. Trotzdem hat er so bedeutende Brandwunden erlitten, daß er ins hiesige Kloster der barmherzigen Brüder geschafft werden mußte.

**Oppeln, 2. März.** Der Staatsanwalt zu Reife hat der Berliner Criminalpolizei die Drahtmeldung zugehen lassen, daß er einen Steckbrief hinter dem sächsischen Referendar Jäger aus Oppeln erlassen hat. Der Referendar Jäger steht im Verdacht, ein Verbrechen gegen die Sittlichkeit verübt zu haben. Er ist mittelgroß, unterseht, hat ein volles Gesicht, blondes Haar und Anflug von Schnurrbart.

**Reife, 2. März.** Wegen Soldatenmishandlung ist, wie die „Reife Presse“ mittheilt, ein Sergeant vom Infanterie-Regiment von Winterfeld vom Kreisgericht zu 3 Monaten Festungshaft verurtheilt worden.

**Neueste Nachrichten.**

**Berlin, 3. März.** Eine Anzahl liberaler und conservativer Professoren und Schriftsteller wendet sich an den Reichstag, mit der Bitte denjenigen Theil der Umsturzvorlage, welcher der theoretischen Erörterung allgemeiner Probleme oder deren künstlerischer Behandlung gewisse Schranken setzt, aus dem Entwurf zu beseitigen, damit nicht durch Veränderung des bestehenden Strafgesetzes eine der geistigen Thätigkeit gefährliche Bedrängnis herbeigeführt werde. Die sonstige Stellung zur Umsturzvorlage lassen die Herren Dankberger, Dahn, Nommien, Adolf Wagner, Spielhagen und Genossen ausdrücklich frei. Sie sorgen für sich, die Herren Literaten.

Nach der „Volkstzg.“ häuften sich die Anklagen wegen Majestätsbeleidigung. Neuerdings seien einige junge Leute angeklagt worden, weil sie sich über den Sang an Regir so ausgesprochen haben, daß einige Personen glauben, dieselben anzeigen zu müssen. Der damit beauftragte Untersuchungsrichter hatte in derselben Woche nicht weniger als 68 An-

klagen von Majestätsbeleidigung zu bearbeiten. — Ja, wir haben es herrlich weit gebracht!

Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, soll über den Vorschlag des Freiherrn von Verlepsi auf Erweiterung des Rechts der Berufsvereine bereits noch keine Entscheidung herbeigeführt werden. — Das war voraus zu sehen und wird Niemand überraschen, der die Furcht gewisser Kreise vor dem sozialdemokratischen Einfluß auf jene geplanten Organisationen kennt. — Die Bödelianer hielten gestern eine Versammlung ab und taufsten sich unabhängige Antisemiten. Der Abwardt veranstaltet gegenwärtig Gastreisen nach Pommern. Er erhöhte den Eintrittspreis für die Versammlung auf 50 Pf. Das Geschäft blüht.

Zur Zuckersteuerfrage hat die Regierung dem Verein für Rübenzuckerfabrikation mitgetheilt, daß die Regierung vor der Einbringung des in der Bearbeitung begriffenen Gesetzesentwurfes im Reichstage erst von dem Verein eine zu entscheidende Sachverständige zu hören wünsche.

Die „Post“ harrt, es ist begründete Ansicht vorhanden, daß die gesetzgebenden Factoren des Reiches noch im laufenden Monat mit der Frage der Börseureform befaßt werden.

Zum Kanzler in Kamerun ist an Stelle des Herrn Leist, der seit einigen Monaten in der Colonial-Abtheilung beschäftigte großherzoglich heinriche Amtsrath Seif aus-ersehen, der demnächst die Reise nach Kamerun antritt.

**Schmalzkalden, 3. März.** Nunmehr liegt das vollständige Ergebnis der Reichstagswahl im hiesigen Kreise vor. Darnach sind gefallen auf den sozialdemokratischen Kandidaten Subn 5570 (1893 3765), auf den Antisemiten Jekrant 3826 (1899), den Freisinnigen Stengel 3512 (2844), den National-liberalen Peters 3108 (4299). Verloren hat also der Kandidat der Mittelpartei seit 1893 1174 Stimmen, gewonnen der Sozialdemokrat 1805, der Freisinnige 665, der Antisemit 17. Im Ganzen betheiligten sich an der Wahl diesmal 16,014 gegen 14,739 im Jahre 1893.

**Hamburg, 3. März.** Der heute abgegangene Afrikaadmiral Jeanette Weimann nahm hundertzwei Mann Verthorung der deutschen Schutzgruppe in Südafrika unter Führung des Vintennans Schmidt mit. Die Mannschaft sämmtlich Infanteristen, ist auf drei Jahre engagirt. Der Dampfer wird lediglich abgeleihte Soldaten aus Westafrika zurückbringen.

**Greife, 3. März.** Eine große in Düsseldorf tagende Versammlung von Färber- und Druckerbesitzern aus dem

Industriebezirk protestirt beim Reichstag und Bundesrat gegen den für den inländischen Betrieb ruidenden Zoll auf ausländische Gerbstoffe. Eine Abordnung reist Morgen nach Berlin ab. Es wurde eine wirtschaftliche Vereinigung von Färber- und Druckerbesitzern gegründet.

**Wien, 3. März.** Wie die „N. Fr. Pr.“ aus Rom meldet, sind daselbst die Erzbischöfe von Mecheln und Nancy eingetroffen, um den Papst zum Einschreiten gegen die Uebergriffe der katholisch-socialen Partei aufzufordern. — Clerikalismus gegen Antisemitismus, Schönborn und die Krummstabträger Belgiens und Frankreichs gegen die Daens, Viechtenstein und Genossen, auch ein Beitrag zur Zerfetzungsgegeschichte des Bestehenden.

**London, 3. März.** Von den heute stattgehabten Wahlen für den Londoner Grasschaftsrath sind bislang 88 Resultate bekannt. Darunter erzielte die gemäßigtere Partei 13 reine Gewinne. Demnach dürfte die bisherige Majorität der Fortschrittspartei in dem neuen Grasschaftsrath jedenfalls beträchlich zusammengeschrumpft sein.

**London, 3. März.** Wie dem „Standard“ aus Konstantinopel gemeldet wird, sind dort 40, meistens der ärmeren Klasse angehörige Armenier, wegen ihrer Theilnahme an der zum Besten der Opfer von Lajun eröffneten Subscription verhaftet worden.

**Petersburg, 3. März.** Der amtliche Regierungsbote veröffentlicht weitere tendenziös zurechtgemachte Einzelheiten über die Petersburger Studenten-Unruhen vom Februar. Neben anderem Anflug in verschiedenen Stadttheilen und Localitäten rissen die Excedenten einem Wächter vor dem Gebäude des Cabinets des Kaisers eine Bank fort, zertrümmerten sie und schlugen die Scheiben der Eingangsthür zu dem Quartier des Leibchirurgus Hirsch ein. Schwerverwundet und Todte habe es nicht gegeben. — Der Minister des Innern verfügte ein Verbot des Verkaufs von einzelnen Nummern der Zeitung „Kiewlanin“.

**Konstantinopel, 3. März.** Der Exkheive von Egypten, Ismail Pascha, ist am Sonnabend im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war der Großvater des jetzt regierenden Khedive und hat 16 Jahre lang, von 1863 bis 1879, die Herrschaft über Egypten ausgeübt. Er war ein notorischer Verschwendter und hat „sein“ Land und dessen unglückliche Bewohner im Verein mit den Engländern in unerhörter Weise ausgebeutet.

S. hrr. Die betr. Agitationsnummern sind nicht mehr vorhanden, da sie sämmtlich vertheilt wurden.

**Stadt-Theater.**

Montag: „Margarethe.“  
Dienstag: „Die Hochzeit des Figaro.“

**Lobe-Theater.**

Montag: „Die stille Wache.“  
„Bernard's Ehecontract.“  
In Vorbereitung: „Aus Berlin W.“

**Victoria-Theater**  
(Gummensauer-Garten.)

Täglich: „Specialitäten“ - Vorstellung.  
Anfang 8 Uhr.

**Polster-Werg,**

Kopfbare, Haare, Indischer, Alpen-gras, Seegras, Federn, Möbelstimm, Curie, Bindfäden, Stränge, Seile, Wäscheleinen, Hängebänder, Regen-Lächeln empfiehlt billigt 3569

**Jul. Moritz, Seiler-**  
**44, Kupferschmied-Str. 44.**

**Wichtig für Raucher!**

**Cigarren**

Louis Schröter Cigarrenfabrik  
Friedrichstraße 64, vis-a-vis der  
Fiumerstraße.

**Vereins-Kalender.**

Breslau.  
Dienstag, den 5. März:  
Kranken-Unterstützungsgesellschaft der Schneider-Deutlich-Landt (S. S. Braunschweig). Abends 8 Uhr: Kaffeeabend im Gassen-„zum roten Adler“. „Reinigungs-Kaffe“ 21. Seine wackelbaren Kaufleute neu Mitglieder.  
Gesangsverein der Simon- wegen. Abends 8 Uhr: Uebungsbunde unter hiesigen Dirigen im Babes Park. Seine Großhagen 48-15

**Todes-Anzeige.** 3580  
Am 2. d. Mts. verschied nach kurzem Krankenlager unsere liebe Frau, Mutter, Großmutter, Schwiegermutter und Tante  
**Anna Bartsch geb. Pohl**  
im Alter von 65 Jahren. Dies zeigt tieferbührt an im Namen der Hinterbliebenen  
**Anna Schneider, geb. Bartsch.**  
Trauerhaus: Kl. Scheitnigerstr. 29.

**Neue Heringe**  
Ring 46, im Hofe. 3417  
**Der Süddeutsche Postillon**  
Nr. 5,  
humorist. satirisches Witzblatt.  
Preis 10 Pfennig.  
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

**Ortsstr.-Häse der Löpfer u. Dienbauer.**  
**General-Versammlung.**

Dienstag, den 12. März 1895. Abends 7<sup>1/2</sup> Uhr  
im Local des Herrn Demuth, Waldenstraße Nr. 17.  
Tagesordnung: 1. Annahme der Jahresrechnung für 1894.  
2. Genehmigung der vom Vorstande abgeleiteten Beschlüsse. 3. Veränderung der §§ 41 und 51 a. 4. Geschäftsliches.  
Empfngeladen hierzu sind die Herren: Demuth,  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand

**5 Pf. Sumatra-Cigarren**  
Sumatra-Dechlan und Sumatra-Kublan  
prachtvolle Qualitäten, vorzüglich im Braud u. Geschmack  
100 Stk. 2 Mtl., 2,50 Mtl., 3 Mtl. bis 5 Mtl.  
empfiehlt gegen Rhabnahme  
**Cigarrenfabrik E. Lampe vorm. A. Nirsehner**  
fabrik und Hauptgeschäft:  
Breslau, Rossplatz 11, am Oderthorbahnhof.  
Filialen: Schragstraße 1, Hummeri. Dierich-Witzlerstraße 4,  
Rösterstraße 22, Schmeckstraße 47.  
Gesamtheute und ungetheilte amerikanische Harens offerirt billigt.

Um Juchstum zu vermeiden, bitte sich zu beachten, daß sich mein  
Sarg-Maga in mir  
**Gräbschenerstrasse 40**  
neben der Holzei-Apotheke befindet.  
Empfiehlt mein großes Lager von Särgen zu billigen Preisen.  
3421

**Th. Muzzynski,**  
Tischlermeister.

**Confirmanden-Kleider und -Anzüge**  
3582 vom einfachsten bis zu den allerfeinsten in großer Auswahl, bei weitem billiger als Aeleral.  
**Gustav Hauschner,**  
Aur Nr. 5 Neue Grahpenstraße Nr. 5,  
im Vorderhaus der grossen Volkswacht-Druckerei.

**Etablissement „Deutscher Kronprinz“**  
Kurzegegasse 50,52, 3493  
empfiehlt seinen schönen großen Saal einem hochgeehrten Publikum, Vereinen ec. zur Abhaltung aller, selbst der größten Festlichkeiten, zu sehr soliden Bedingungen, desgleichen den Parterre gelegenen kleinen Saal, ca. 200-300 Personen bequem fassend, nebst gutem Instrument ohne jede Mithie oder Gasberechnung. Gütige, rechtzeitige Anmeldungen daselbst erbeten.  
A. Schubert.

**Herrn- u. Knaben-Garderobe aller Art**  
mit nebenstehender Control-Markte. Eine Garantie daß der Käufer nur reell gearbeitete Waare und der Arbeiter einen menschenwürdigen Lohn erhält.  
Ausgegeben v. s. Control-Commission d. deutschen Schneider u. Schneiderinnen Sitz Berlin.  
Besser und billiger wie überall, zu haben in Breslau bei  
**V. Liepelt,** 3391  
Confectionshaus „Solidarität“,  
Nr. 63a, Nicolai-Strasse Nr. 63a,  
Ecke Neue Welt-Gasse.  
Bestellungen nach Maß werden in kurzer Zeit gut und sauber ausgeführt. Jede der Arbeiterschaft ist es, dieses bei ihren Einkäufen zu berücksichtigen und gegenseitig Solidarität zu üben. Arbeiter, Genossen, es gilt für uns das Verwerfliche aller Systeme die doppel Ausbeutung zu bekämpfen!  
Die Control-Commission der deutschen Schneider u. Schneiderinnen. Sitz Berlin.

**Wer billig, gut und reell Kleider-Stoffe**  
vom einfachsten bis zum feinsten Genre, wie auch fertige  
**Confirmations-Kleider** 3573  
kaufen will, wende sich vertrauensvoll an die  
**Damen-Mäntel- u. Costum-Fabrik S. Leuchtag,**  
Breslau, Schmiedebücke 55, Ecke Kupferschmiedestr.